

Entwurf

LANDESHAUSHALTSPLAN

für das Haushaltsjahr 2012

Einzelplan 01

für den Geschäftsbereich des

Hessischen Landtags

I N H A L T

Kapitel	Bezeichnung	Seite
	Vorwort	2
01 01	Landtag	6
01 03	Datenschutzbeauftragter	54
	Abschluss des Einzelplans	72
	Stellenpläne, Stellenübersichten	75

V o r w o r t z u m E i n z e l p l a n

A. Aufgaben und Aufbau der Verwaltung in den wichtigsten Grundzügen

Der Einzelplan 01 weist die Einnahmen und Ausgaben des Landesparlaments und seiner Verwaltung aus.

Nach dem Landtagswahlgesetz in der Fassung vom 28. Dezember 2005 (GVBl. I 2006 S. 110, 439) besteht der Hessische Landtag in der 18. Legislaturperiode aus 118 Abgeordneten. Die Abgeordneten wurden am 18. Januar 2009 gewählt. Die Wahlperiode begann am 18. Januar 2009 und endet - falls nicht der Landtag seine vorzeitige Auflösung beschließen sollte - am 17. Januar 2014.

Rechtsstellung und Aufgaben des Landtags sind im Wesentlichen in den Abschnitten IV bis VI des Zweiten Hauptteils der Landesverfassung festgelegt. Seine Organisation und Arbeitsweise im Einzelnen regelt der Landtag nach Art. 99 HV durch seine Geschäftsordnung vom 16. Dezember 1993 (GVBl. I S. 628), geändert und neu in Kraft gesetzt am 5. Februar 2009 (GVBl. I S. 50), zuletzt geändert durch Beschluss des Landtags vom 12. Mai 2009 (GVBl. I S. 158). Außer dem Präsidium, dem Ältestenrat und dem Hauptausschuss (Ständiger Ausschuss nach Art. 93 HV) bestehen zur Vorberatung der Vorlagen, über die der Landtag zu beschließen hat, 10 Fachausschüsse mit mehreren Unterausschüssen.

Rechtsstellung und Finanzierung der Fraktionen im Landtag ergeben sich aus dem Hessischen Fraktionsgesetz vom 5. April 1993 (GVBl. I S. 106), zuletzt geändert am 19. November 2008 (GVBl. I S. 978).

Die Verwaltung des Landtags obliegt nach der Verfassung und der Geschäftsordnung dem Landtagspräsidenten, der hierbei mit dem Präsidium zusammenwirkt; für den Bereich des Landtags vertritt der Landtagspräsident das Land Hessen.

Der Präsident bedient sich zur Erledigung der Verwaltungsangelegenheiten der Kanzlei des Landtags als oberste Landesbehörde.

Dem Hessischen Landtag formal zugeordnet ist der Hessische Datenschutzbeauftragte, eine eigene unabhängige oberste Landesbehörde, deren Einnahmen und Ausgaben in einem eigenen Kapitel im Einzelplan 01 ausgewiesen sind (Kap. 01 03).

B. Gliederung der Einnahmen und Ausgaben (in EUR)

Einzelplan 01		2012	2011
0	Steuern und steuerähnliche Abgaben	—	—
1	Eigene Einnahmen	1 425 200	1 537 100
2	Übertragungseinnahmen	—	—
3	Vermögenswirksame und besondere Finanzierungseinnahmen	203 000	343 000
Gesamteinnahmen		1 628 200	1 880 100
4	Persönliche Verwaltungsausgaben	35 901 800	34 384 300
5	Sächliche Verwaltungsausgaben	6 175 300	6 321 900
	Ausgaben für den Schuldendienst	—	—
6	Übertragungsausgaben	8 706 400	8 615 500
7	Bauausgaben	—	—
8	Sonstige Investitionsausgaben	647 300	123 100
9	Besondere Finanzierungsausgaben	1 594 200	1 601 000
Gesamtausgaben		53 025 000	51 045 800
Zuschuss / Überschuss		-51 396 800	-49 165 700

C. Personalsoll des Einzelplan 01

	Stellen			
	2012	davon Leerstellen	2011	davon Leerstellen
Beamte und Richter	115,0	5,0	100,0	5,0
Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst	—,—	—,—	—,—	—,—
Tarifbeschäftigte	117,5	1,0	115,0	1,0
davon Auszubildende	3,0		3,0	
Zusammen	232,5	6,0	215,0	6,0

D. Zielsysteme des Hessischen Landtags und des Hessischen Datenschutzbeauftragten**Oberziel des Hessischen Landtags**

Hessen ist eine parlamentarische und demokratische Republik. In der parlamentarischen Demokratie ist das Parlament das oberste Organ der politischen Willensbildung. Einzig das Parlament verfügt über die demokratische Legitimität durch vom Volk gewählte Vertreter. Wichtigste Aufgaben des Parlaments sind neben Gesetzgebung sowie Regierungskontrolle die Artikulations- und Öffentlichkeitsfunktion. Das parlamentarische Budgetrecht ist das Herzstück jeder parlamentarischen Kontrolle. Im Rahmen der Einführung der Neuen Verwaltungssteuerung (NVS) muss das Parlament darauf bedacht sein, durch differenzierte Steuerungsinstrumente das parlamentarische Budgetrecht wahrzunehmen. Die Parlamentsverwaltung dient der Unterstützung des Parlaments, seiner Organe und seiner Mitglieder bei der Erfüllung ihrer Aufgaben im Rahmen der verfassungsrechtlich normierten Parlamentsfunktion. Das Oberziel der Parlamentsverwaltung lautet:

"Die politische Steuerungsfunktion des Parlaments sicherstellen."

Alle Produkte des Einzelplans 01 - Kapitel 01 01 - dienen der Umsetzung von Zielen, die zu diesem Oberziel zusammengefasst sind.

Ziele	Plankosten	Plankosten	Istkosten
	2012	2011	2010
	1.000 EUR	1.000 EUR	1.000 EUR
Ziel 1: Die Organisation des politischen Willensbildungsprozesses gewährleisten - Bereitstellung der Infrastruktur für das Parlament (Produkt-Nr. 1)	10.404,6	10.834,8	9.002,2
Ziel 2: Die Wahrnehmung des Initiativ- und Kontrollrechts des Parlaments sicherstellen - Begleitung von Gesetzgebungsverfahren und Initiativen (Produkt-Nr. 2)	2.788,6	3.025,8	2.856,8
Ziel 3: Das verfassungsmäßige Petitionsrecht sicherstellen - Begleitung von Petitionen (Produkt-Nr. 3)	956,1	998,1	739,9
Ziel 4: Die Öffentlichkeitsfunktion des Parlaments optimieren - Protokollanlässe und Öffentlichkeitsarbeit (Produkt-Nr. 4) - Besucherdienst, Eigenveranstaltungen und politische Bildung (Produkt-Nr. 5)	881,6 1.674,8	609,5 1.926,8	695,2 1.740,6

Oberziel des Hessischen Datenschutzbeauftragten

Hessen hat die Institution des Hessischen Datenschutzbeauftragten geschaffen und ihm mit dem Hessischen Datenschutzgesetz Aufgaben zugewiesen, die er in völliger Unabhängigkeit ausübt. Er ist dem Parlament und der Regierung über das Ergebnis seiner Tätigkeit berichtspflichtig. Der Hessische Datenschutzbeauftragte hat alle Dienststellen hessischer Gebietskörperschaften sowie die der Aufsicht dieser Stellen unterliegenden Institutionen, die Aufgaben der öffentlichen Verwaltung wahrnehmen, datenschutzrechtlich zu prüfen und zu beraten, Bürgeranfragen zu behandeln, die technische Entwicklung zu beobachten, Informationen bereitzustellen sowie gesetzgeberische und administrative Vorhaben beratend zu begleiten. Er ist auch Aufsichtsbehörde für den Datenschutz im nicht öffentlichen Bereich nach § 38 Bundesdatenschutzgesetz (BDSG) und hat die Ordnungswidrigkeiten nach § 43 BDSG und § 16 Telemediengesetz (TMG) zu verfolgen.

Mit seiner Aufgabenerfüllung verfolgt er das Oberziel:

"Zur Wahrung des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung, zur Erreichung einer in datenschutzrechtlicher Hinsicht auf Dauer sicheren, grundrechtskonformen und bürger- bzw. kundenfreundlichen Verwaltung und Unternehmenskultur beitragen."

Ziele	Plankosten	Plankosten	Istkosten
	2012	2011	2010
	1.000 EUR	1.000 EUR	1.000 EUR
Ziel 1: Den Schutz des grundgesetzlich garantierten Rechts auf informationelle Selbstbestimmung bei der Verarbeitung personenbezogener Daten durch Dienststellen hessischer Gebietskörperschaften und durch der Aufsicht dieser Stellen unterliegenden Institutionen, die Aufgaben der öffentlichen Verwaltung wahrnehmen, sowie durch nicht öffentliche Stellen mit Sitz in Hessen, sicherstellen. - Beratung zum Datenschutz und Überwachung der Einhaltung von Datenschutzbestimmungen einschließlich Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten nach § 43 BDSG und § 16 TMG (Produkt-Nr. 6)	3.150,2	2.009,7	2.005,0
Ziel 2: Die Beachtung des grundgesetzlich garantierten Rechts auf informationelle Selbstbestimmung bei normativen Regelungsvorhaben und Entscheidungen sicherstellen. - Stellungnahme zu Normsetzungen / Initiativen / Anfragen aus dem Parlament (Produkt-Nr. 7)	409,8	405,9	284,1

E. Wesentliche Änderungen gegenüber dem Vorjahr:

Dem Hessischen Datenschutzbeauftragten wurde mit Gesetz zur Neuordnung des Datenschutzes und Wahrung der Unabhängigkeit des Datenschutzbeauftragten in Hessen mit Wirkung vom 01.07.2011 die bis dahin der Aufsichtsbehörde beim Regierungspräsidium Darmstadt und der Obersten Aufsichtsbehörde beim Hessischen Ministerium des Innern und für Sport obliegende Zuständigkeit für den Datenschutz im nicht öffentlichen Bereich übertragen. Dies bedeutet einen gravierenden Aufgabenzuwachs, zumal dieser Bereich in den vergangenen Jahren an Bedeutung infolge der Datenskandale und Aufwand, ablesbar z.B. an den erheblich gestiegenen Zahlen von Eingaben und Anfragen, zugenommen hat.

Zur Bewältigung des Aufgabenzuwachses ist eine deutliche Erweiterung des Personals erforderlich, die naturgemäß auch eine entsprechende Erhöhung von Sachaufwand nach sich zieht. Neben der Erhöhung der laufenden Kosten entstehen Einmalkosten für die Erweiterung der Dienststelle. Im Haushalt 2011 sind hierfür noch keine Mittel veranschlagt.

Wirtschaftsplan

Landtag

A. Vorbemerkungen

Der Wirtschaftsplan weist die Produkte, Leistungen und Projekte der Kanzlei des Landtags sowie die Aufwendungen für Abgeordnete, ehemalige Abgeordnete und Hinterbliebene, für Fraktionen des Landtags und für Landesverbände der Parteien oder andere Träger von Wahlvorschlägen zu Landtagswahlen einschließlich der zugehörigen Erfolgs- und Finanzplanung aus:

Der Hessische Landtag besteht in der 18. Legislaturperiode aus 118 vom Volk gewählten Abgeordneten.

Der Landtag wählt den Präsidenten, seine Stellvertreter und die übrigen Mitglieder des Vorstandes (Art. 84 Hessische Verfassung - HV).

Der Präsident verwaltet die gesamten wirtschaftlichen Angelegenheiten des Landtags nach Maßgabe des Haushaltsgesetzes (Art. 86 HV).

Das Präsidium ist der Vorstand des Landtags im Sinne der Art. 84 und 86 HV. Es beschließt über die inneren Angelegenheiten des Landtags, soweit deren Regelung nicht der Präsidentin oder dem Präsidenten nach Art. 86 HV oder dem Ältestenrat vorbehalten ist (§ 46 Abs. 1 Geschäftsordnung des Hessischen Landtags - GOHLT). Das Präsidium stellt insbesondere den Vorschlag des Haushaltsplans für den Landtag fest und kann Vorschriften über die Benutzung der Einrichtungen des Landtags erlassen (§ 46 Abs. 2 GOHLT).

Der Direktor beim Landtag ist der ständige Vertreter des Präsidenten in Angelegenheiten der Kanzlei (§ 7 Abs. 4 GOHLT). Er leitet verantwortlich die Kanzlei.

Die Kanzlei des Landtags gliedert sich in ein Präsidialbüro und drei Abteilungen. Aufgabe der Kanzlei des Landtags ist die Unterstützung des Präsidenten bei der Durchführung seiner Verwaltungsaufgaben, die Vorbereitung der Sitzungen des Landtags und der Ausschüsse, die Entgegennahme von Gesetzentwürfen, Anträgen, sonstigen Vorlagen, Eingaben und anderen an den Landtag gerichteten Schriftstücken und deren vorbereitende Bearbeitung (§ 107 Abs. 1 GOHLT).

Die Kanzlei erbringt Leistungen im Rahmen von Protokollanlässen, Öffentlichkeitsarbeit und Veranstaltungen sowie zur Förderung politischer Bildung.

Die Kanzlei ermittelt und erbringt die Zahlungen an Abgeordnete, ehemalige Abgeordnete und Hinterbliebene. Die Leistungen bestimmen sich nach dem Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Abgeordneten des Hessischen Landtags (Hessisches Abgeordnetengesetz – HessAbgG) in der jeweils in Kraft befindlichen Fassung.

Die Kanzlei ermittelt und erbringt die Leistungen an die Fraktionen, zu denen sich die Mitglieder des Landtags zusammengeschlossen haben. Die Leistungen an die Fraktionen bestimmen sich nach dem Gesetz über die Rechtstellung und Finanzierung der Fraktionen im Hessischen Landtag (Hessisches Fraktionsgesetz) in der jeweils in Kraft befindlichen Fassung. Die Höhe der Mittel nach § 3 Hessisches Fraktionsgesetz sowie die Leistungen nach § 2 Abs. 2 Hessisches Fraktionsgesetz für das Haushaltsjahr 2012 werden mit diesem Haushaltsplan festgesetzt (siehe "Erläuterungen Erfolgsplan", Abschnitt "Mittel zur Wahrnehmung der Aufgaben der Fraktionen").

Die Kanzlei erbringt die Zahlungen an die Landesverbände der Parteien und sonstige Träger von Wahlvorschlägen nach Maßgabe des Parteiengesetzes und des Landtagswahlgesetzes.

Für die Kanzlei des Landtags wurden fünf Produkte

- Bereitstellung der Infrastruktur für das Parlament
- Begleitung von Gesetzgebungsverfahren und Initiativen
- Begleitung von Petitionen
- Protokollanlässe und Öffentlichkeitsarbeit
- Besucherdienst, Eigenveranstaltungen und politische Bildung

gebildet und

- Externe Leistungen
- Zwischenbehördliche Leistungen

definiert, die in den Erläuterungen zum Leistungsplan beschrieben werden.

Projekte werden nach Bedarf beschlossen.

Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010 Landtag

Wirtschaftsplan

Die Aufwendungen nach dem Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Abgeordneten des Hessischen Landtags (Hessisches Abgeordnetengesetz – HessAbgG), nach dem Gesetz über die Rechtstellung und Finanzierung der Fraktionen im Hessischen Landtag (Hessisches Fraktionsgesetz), nach dem Gesetz über die Wahlen zum Landtag des Landes Hessen (Landtagswahlgesetz - LWG) und dem Gesetz über die politischen Parteien (Parteiengesetz - PartG) werden im Abschnitt "Kosten der Legislative" nachgewiesen.

Zum Buchungskreis 2010 gehört der Hessische Datenschutzbeauftragte, der einen eigenen Wirtschaftsplan aufstellt.

B. Bewirtschaftungsvermerke

Allgemein

Die Bewirtschaftung richtet sich grundsätzlich nach den Regeln der §§ 7a und 70 bis 72 und 74 bis 80 LHO und den dazu ergangenen Verwaltungsvorschriften.

Leistungsplan

Die im Leistungsplan ausgewiesenen Ergebnisse und das Produktbudget sind - neben dem Finanzrahmen - Gegenstand des Haushaltsbeschlusses und damit verbindlich.

Die Ansätze der Produkte sind gegenseitig deckungsfähig.

Die Ansätze der Produkte sind einseitig deckungsfähig zu Gunsten der Projekte.

Die Ansätze der Produkte sind einseitig deckungsfähig zu Gunsten der Zwischenbehördlichen Leistungen.

Einnahmen, die im Rahmen von Sponsoring eingeworben werden, dürfen zur Verstärkung der Produkte 4 und 5 verwendet werden.

Die in den Produktblättern aufgeführten Kennzahlen stellen Zielvorgaben dar, die nach Möglichkeit erreicht werden sollen.

Erfolgsplan

50 v.H. des managementbedingt entstandenen Jahresüberschusses aus laufenden Geschäften können in eine Gewinnrücklage (Verwaltungsrücklage) eingestellt werden. Im Übrigen erfolgt eine Gewinnabführung an den Landeshaushalt. Ausnahmen sind zulässig; sie bedürfen der Zustimmung des Ministeriums der Finanzen.

Einnahmen, die im Rahmen von Sponsoring eingeworben werden, werden bei der Ermittlung des Jahresüberschusses wie Einnahmen aus laufenden Geschäften behandelt.

Finanzplan

Die Mittel sind gegenseitig deckungsfähig.

Für nicht realisierte Investitionen kann die Forderung aus Transferleistung auf neue Rechnung vorgetragen werden.

C. Haushaltsvermerke zum kameralem Rumpfhaushalt

Siehe kameralem Haushalt.

Zum 31.12.2010 bestehen eine Allgemeine Rücklage in Höhe von 378.908,14 EUR und eine Investitionsrücklage in Höhe von 1.597.019,20 EUR.

Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010
Landtag

Wirtschaftsplan

Leistungsplan

- Beträge in 1.000 EUR -

Nr	neu / weg- gef.	Bezeichnung	Soll 2012				Ergebnis
			Menge	Gesamt- kosten	Eigene Erlöse	Produkt- abgeltung	
Produkte							
1		Bereitstellung der Infrastruktur für das Parlament	15.278	10.404,6	1.261,1	9.143,5	-
2		Begleitung von Gesetzgebungsverfahren und Initiativen	31.568	2.788,6	-	2.788,6	-
3		Begleitung von Petitionen	10.855	956,1	-	956,1	-
4		Protokollanlässe und Öffentlichkeitsarbeit	7.825	881,6	-	881,6	-
5		Besucherdienst, Eigenveranstaltungen und politische Bildung	13.009	1.674,8	-	1.674,8	-
Summe Produkte				16.705,7	1.261,1	15.444,6	-
Projekte							
1		Enquetekommission Integration	1	146,5	-	146,5	-
2	weg	Untersuchungsausschuss 18/1	-	-	-	-	-
3	weg	Untersuchungsausschuss 18/2	-	-	-	-	-
Summe Projekte				146,5	-	146,5	-
Externe Leistungen							
1		Herstellung, Druck und Kopie für Externe	1.000	6,8	6,8	-	-
Summe Externe Leistungen				6,8	6,8	-	-
Zwischenbehördliche Leistungen							
1		Ausbildung von Rechtsreferendaren	80	6,6	-	6,6	-
2		Unterstützungsleistungen für andere Buchungskreise	-	-	-	-	-
3		Veranstaltungen, Pressekonferenzen	125	15,3	-	15,3	-
4		Durchführung von Veranstaltungen für andere Buchungskreise	601	44,8	-	44,8	-
Summe Zwischenbehördliche Leistungen				66,7	-	66,7	-
Gesamtsumme				16.925,7	1.267,9	15.657,8	-

Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010
Landtag

Wirtschaftsplan

Leistungsplan

- Beträge in 1.000 EUR -

Soll 2011					Ist 2010				
Menge	Gesamt-kosten	Eigene Erlöse	Produkt-abgeltung	Ergebnis	Menge	Gesamt-kosten	Eigene Erlöse	Produkt-abgeltung	Ergebnis
17.759	10.834,8	1.389,9	9.144,9	-300,0	15.882	9.002,2	989,4	8.812,6	799,8
27.386	3.025,8	-	3.025,8	-	29.288	2.856,8	-	2.692,3	-164,5
10.077	998,1	-	998,1	-	8.402	739,9	-	767,3	27,4
5.199	609,5	-	609,5	-	6.658	695,2	-	582,3	-112,9
11.885	1.926,8	-	1.926,8	-	11.879	1.740,6	-	1.736,8	-3,8
	17.395,0	1.389,9	15.705,1	-300,0		15.034,7	989,4	14.591,3	546,0
1	272,2	-	272,2	-	1	154,6	-	154,6	-
1	263,6	-	263,6	-	1	126,6	-	126,6	-
1	78,1	-	78,1	-	1	185,0	-	15,5	-169,5
	613,9	-	613,9	-		466,2	-	296,7	-169,5
800	0,5	0,5	-	-	1.067	2,7	9,4	-	6,7
	0,5	0,5	-	-		2,7	9,4	-	6,7
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	6	0,2	-	-	-0,2
75	11,3	-	11,3	-	140	17,7	-	2,3	-15,4
938	73,9	-	73,9	-	493	49,7	-	27,0	-22,7
	85,2	-	85,2	-		67,6	-	29,3	-38,3
	18.094,6	1.390,4	16.404,2	-300,0		15.571,2	998,8	14.917,3	344,9

**Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010
Landtag**

Wirtschaftsplan

Leistungsplan

- Beträge in 1.000 EUR -

Nr	neu / weg- gef.	Kosten der Legislative*	Soll 2012				
			Menge	Gesamt- kosten	Eigene Erlöse	Produkt- Abgeltung	Ergebnis
1		Entschädigungsleistungen für Abgeordnete	-	26.927,4	-	26.927,4	-
2		Zahlungen an Fraktionen und Parteien	-	8.597,5	-	8.597,5	-
3		Alterssicherung für ehemalige Abgeordnete	-	5.698,3	-	5.698,3	-
4		Übergangsleistungen für ehemalige Abgeordnete	-	73,6	-	73,6	-
		Summe		41.296,8	-	41.296,8	-

* Die Beträge in der folgenden Darstellung enthalten - im Gegensatz zum Bereich Produkte, Projekte, externe und zwischenbehördliche Leistungen - zusätzlich zu betriebsbedingten Kosten und Erlösen auch CO-neutrale Bestandteile.

Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010
Landtag

Wirtschaftsplan

Leistungsplan

- Beträge in 1.000 EUR -

Soll 2011					Ist 2010				
Menge	Gesamt-kosten	Eigene Erlöse	Produkt-abgeltung	Ergebnis	Menge	Gesamt-kosten	Eigene Erlöse	Produkt-abgeltung	Ergebnis
-	23.837,8	-	23.837,8	-	-	25.977,5	-	22.619,9	-3.357,6
-	8.513,0	-	8.513,0	-	-	8.382,9	-	8.383,1	0,2
-	5.124,6	-	5.124,6	-	-	5.350,0	-	5.348,6	-1,4
-	87,5	-	87,5	-	-	25,8	-	25,8	-
	37.562,9	-	37.562,9	-		39.736,2	-	36.377,4	-3.358,8

**Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010
Landtag**

Wirtschaftsplan

Leistungsplan - Erläuterung - Produktblatt

Erläuterungen zu Produkt Nr. 1:

Bezeichnung: Bereitstellung der Infrastruktur für das Parlament

IPR-Nr. 011 - Rechtsetzung und Kontrolle der Regierung

1. Erbringer

Kanzlei des Hessischen Landtags

2. Rechtsgrundlage oder sonstige Grundlage

Hessische Verfassung, Abgeordnetengesetz, Geschäftsordnung des Hessischen Landtags, Parteiengesetz, Fraktionsgesetz, Vertrag von Lissabon, Vereinbarung zwischen dem Hessischen Landtag und der Hessischen Landesregierung betreffend Unterrichtung in EU-Angelegenheiten, usw.

3. Produkt- und Leistungsbeschreibung

3.1 Beschreibung des Produkts

Mit diesem Produkt werden die Rahmenbedingungen für Abgeordnete für die Arbeit im Parlament geschaffen sowie Verwaltungsdienstleistungen für Abgeordnete, ehemalige Abgeordnete und Fraktionen erbracht.

3.2 Leistungen zum Produkt

- Repräsentanz des Landtags nach Außen
- Kontakte zu Partnerregionen, insbesondere in der EU
- Politische Zuarbeit, soweit die Repräsentanz des Landtags in Gremien dies erfordert
- Rechtsberatung der Abgeordneten in Parlamentsangelegenheiten
- Berechnung der Entschädigungszahlungen, von Übergangsgeld, Versorgungszahlungen, Beihilfe, Reisekosten u.a.
- Informationsvermittlung (Bibliotheksdienst, Landtagsinformationssystem, Pressespiegel)
- Betreuung des Vereins der Ehemaligen
- Personalwirtschaftliche Betreuung der Mitarbeiter von Abgeordneten
- Bereitstellung und Unterhaltung von Büro- u. Sitzungsräumen
- Fahrdienste
- Bereitstellung von IT Hard- und Software
- Bearbeitung und Prüfung von Fraktions-/Parteienfinanzierung
- Budgetbüro

4. Bezug zu politischen Zielen

Zielsystem "Wahrung der politischen Steuerungsfunktion des Parlaments"
Ziel "Die Organisation des politischen Willensbildungsprozesses gewährleisten"

5. Empfänger

Das Parlament.

**Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010
Landtag**

Wirtschaftsplan

Leistungsplan - Erläuterung - Produktblatt

6. Mengen- und Qualitätskennzahlen

	Einheit	Soll 2012	Soll 2011	Ist 2010	Ist 2009	Ist 2008
6.1 Zählgröße/Menge						
Beratungseinheiten	BE	15.278	17.759	15.882	14.737	14.972
6.2 Kennzahlen zur Leistungswirkung (Effektivität der Leistungen)						
6.2.1 <u>Infrastruktur für das Parlament verbessern</u>						
Bewertung durch die Empfänger	Schulnote					
6.3 Kennzahlen zur Finanzwirtschaft (Effizienz der Leistungen)						
6.3.1 <u>Produktabgeltung wirtschaftlich einsetzen</u>						
Produktabgeltung je Menge	EUR	598,48	514,95	554,88	617,19	591,23
6.3.2 <u>Infrastrukturkosten optimieren</u>						
Durchschnittlicher Aufwand pro Landtagsmandat	EUR	77.488	80.042	67.906	74.375	75.454
Durchschnittlicher Aufwand pro betreuten Abgeordneten-IT-Arbeitsplatz	EUR	5.844	6.251	5.853	6.012	6.926

Erläuterung von Kennzahlen

Bei der Kennzahl "Infrastruktur für das Parlament verbessern" handelt es sich um eine neue Kennzahl, die ab 2011 durch Befragung der Mitglieder des Landtags ermittelt werden soll.

Bei der Kennzahl "Durchschnittlicher Aufwand pro betreuten Abgeordneten-IT-Arbeitsplatz" werden nur die Kosten für die Anmietung und Betreuung der Arbeitsplätze sowie die Leitungskosten ausgewiesen. Nicht enthalten sind die anteiligen Kosten der Infrastruktur inkl. Serverfarm im Landtag.

**Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010
Landtag**

Wirtschaftsplan

Leistungsplan - Erläuterung - Produktblatt

7. Kostenzusammensetzung

Kostenartenschichtung (in EUR)

Kostenarten	Soll 2012 EUR	Soll 2011 EUR	Ist 2010 EUR
Personalkosten	1.646.596	1.596.321	1.513.119
Sachkosten	1.061.909	1.182.924	926.629
Kalkulatorische Kosten	968.859	934.012	1.005.528
Sonstige Kosten *	6.727.254	7.121.606	5.556.956
Gesamtkosten	10.404.618	10.834.863	9.002.232
Erlöse	1.261.066	1.389.948	989.363
Produktabgeltung	9.143.552	9.144.915	8.812.625
Ergebnis	–	-300.000	799.756

* Kosten der innerbehördlichen Leistungsverrechnung

Wirtschaftsplan

Leistungsplan - Erläuterung - Produktblatt

Erläuterungen zu Produkt Nr. 2:

Bezeichnung: Begleitung von Gesetzgebungsverfahren und Initiativen

IPR-Nr. 011 - Rechtsetzung und Kontrolle der Regierung

1. Erbringer

Kanzlei des Hessischen Landtags

2. Rechtsgrundlage oder sonstige Grundlage

Hessische Verfassung, Bundesgesetze, Landesgesetze, Geschäftsordnung des Hessischen Landtags usw.

3. Produkt- und Leistungsbeschreibung

3.1 Beschreibung des Produkts

- Mit diesem Produkt wird der Ablauf der parlamentarischen Initiativen und des Gesetzgebungsverfahrens innerhalb des Parlaments gewährleistet.

3.2 Leistungen zum Produkt

- Geschäftsmäßige Bearbeitung von Gesetzesinitiativen und diese betreffende Anträge
- Geschäftsmäßige Bearbeitung von parlamentarischen Initiativen
- Geschäftsführung Ältestenrat
- Geschäftsführung Plenum
- Begleitung von Wahlen interner und externer Gremien
- Geheimschutz
- Geschäftsführung der Fachausschüsse
- Geschäftsführung der Enquetekommissionen
- Bearbeitung und Erstellung von Ausschussprotokollen, Plenarprotokollen, Protokollen für die Enquetekommissionen, Untersuchungsausschüsse und für Präsidium und Ältestenrat
- Sitzungsdienst Plenum
- Organisation und Durchführung von Anhörungen
- Parlamentsdokumentation
- Reisemanagement im Gesetzgebungsverfahren (Ausschussreisen)
- Herstellung und Druck von Protokollen und Drucksachen
- Planung und Einführung von Workflow

4. Bezug zu politischen Zielen

Zielsystem "Wahrung der politischen Steuerungsfunktion des Parlaments"
Ziel "Die Wahrnehmung des Initiativ- und Kontrollrechts des Parlaments sicherstellen"

5. Empfänger

Parlament, Landesregierung, Öffentlichkeit

**Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010
Landtag**

Wirtschaftsplan

Leistungsplan - Erläuterung - Produktblatt

6. Mengen- und Qualitätskennzahlen

	Einheit	Soll 2012	Soll 2011	Ist 2010	Ist 2009	Ist 2008
6.1 Zählgröße/Menge						
Beratungseinheiten	BE	31.568	27.386	29.288	26.982	23.042
6.2 Kennzahlen zur Leistungswirkung (Effektivität der Leistungen)						
6.2.1 <u>Ordnungsgemäßen parlamentarischen Ablauf sicherstellen</u>						
Anzahl von fehlerhaften Initiativen	Stück	0	0	1	0	0
6.3 Kennzahlen zur Finanzwirtschaft (Effizienz der Leistungen)						
6.3.1 <u>Produktabgeltung wirtschaftlich einsetzen</u>						
Produktabgeltung je Menge	EUR	88,34	110,49	91,92	100,20	117,25
6.3.2 <u>Bearbeitungskosten optimieren</u>						
Durchschnittliche Kosten einer Plenarsitzungsstunde	EUR	12.675	13.754	12.985	13.355	24.365
Durchschnittliche Kosten einer Initiative	EUR	1.086	1.325	1.327	1.239	3.303

Erläuterung von Kennzahlen

Bei der Kennzahl "Anzahl von fehlerhaften Initiativen" handelt es sich um Beanstandungen von Initiativen durch die Staatskanzlei.

In der Kennzahl "Durchschnittliche Kosten einer Plenarsitzung" wird der Aufwand aller Leistungen, die zur Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung (inkl. Ausschusssitzungen und Anhörungen) einer Plenarsitzung notwendig sind, ausgewiesen (gesamter Leistungsumfang siehe Punkt 3.2 "Leistungen zum Produkt").

Die Kennzahl "Durchschnittliche Kosten einer Initiative" weist den Aufwand aller Leistungen vom Eingang der Initiative beim Landtag bis hin zur Ablage im Archiv aus.

**Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010
Landtag**

Wirtschaftsplan

Leistungsplan - Erläuterung - Produktblatt

7. Kostenzusammensetzung

Kostenartenschichtung (in EUR)

Kostenarten	Soll 2012 EUR	Soll 2011 EUR	Ist 2010 EUR
Personalkosten	1.544.911	1.404.103	1.281.645
Sachkosten	246.785	265.511	250.713
Kalkulatorische Kosten	38.758	27.374	43.929
Sonstige Kosten *	958.123	1.328.811	1.280.489
Gesamtkosten	2.788.577	3.025.799	2.856.776
Erlöse	-	-	-
Produktabgeltung	2.788.577	3.025.799	2.692.237
Ergebnis	-	-	-164.539

* Kosten der innerbehördlichen Leistungsverrechnung

**Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010
Landtag**

Wirtschaftsplan

Leistungsplan - Erläuterung - Produktblatt

Erläuterungen zu Produkt Nr. 3:

Bezeichnung: Begleitung von Petitionen

IPR-Nr. 011 - Rechtsetzung und Kontrolle der Regierung

1. Erbringer

Kanzlei des Hessischen Landtags

2. Rechtsgrundlage oder sonstige Grundlage

Hessische Verfassung, Geschäftsordnung des Hessischen Landtags, Gemeinsame Geschäftsordnung der Ministerien des Landes Hessen (GGO), Bundesgesetze, Landesgesetze usw.

3. Produkt- und Leistungsbeschreibung

3.1 Beschreibung des Produkts

- Mit dem Produkt wird die parlamentarische Bearbeitung von Petitionen sichergestellt.

3.2 Leistungen zum Produkt

- Bearbeitung von Petitionen
- Geschäftsführung und Protokolle für Petitionsausschuss und Vorprüfungskommission
- Öffentlichkeitsarbeit im Bereich Petitionen
- Reisemanagement für Petitionsausschussreisen

4. Bezug zu politischen Zielen

Zielsystem "Wahrung der politischen Steuerungsfunktion des Parlaments"
Ziel "Das verfassungsmäßige Petitionsrecht sicherstellen"

5. Empfänger

Parlament, Petenten, Landesregierung, Bundestag und andere Landtage

6. Mengen- und Qualitätskennzahlen

	Einheit	Soll 2012	Soll 2011	Ist 2010	Ist 2009	Ist 2008
6.1 Zählgröße/Menge						
Beratungseinheiten	BE	10.855	10.077	8.402	8.136	8.430
6.2 Kennzahlen zur Leistungswirkung (Effektivität der Leistungen)						
6.2.1 <u>Arbeit des Petitionsausschusses unterstützen</u>						
Quote der an die Ausschüsse überwiesenen Petitionen	Prozent					

**Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010
Landtag**

Wirtschaftsplan

Leistungsplan - Erläuterung - Produktblatt

6.3 Kennzahlen zur Finanzwirtschaft (Effizienz der Leistungen)						
6.3.1 <u>Produktabgeltung wirtschaftlich einsetzen</u>						
Produktabgeltung je Menge	EUR	88,08	99,05	91,33	88,62	106,63
6.3.2 <u>Bearbeitungskosten optimieren</u>						
Durchschnittlicher Aufwand pro Petition	EUR	956	832	669	777	1.065

Erläuterung von Kennzahlen

Für die Ermittlung der Kennzahl "Quote der an die Ausschüsse überwiesenen Petitionen" müssen noch Programmierungen an der Datenbank vorgenommen werden.

7. Kostenzusammensetzung

Kostenartenschichtung (in EUR)

Kostenarten	Soll 2012 EUR	Soll 2011 EUR	Ist 2010 EUR
Personalkosten	529.088	521.895	370.364
Sachkosten	29.239	29.236	27.491
Kalkulatorische Kosten	5.534	10.734	12.320
Sonstige Kosten *	392.231	436.213	329.756
Gesamtkosten	956.092	998.078	739.931
Erlöse	-	-	-
Produktabgeltung	956.092	998.078	767.324
Ergebnis	-	-	27.393

* Kosten der innerbehördlichen Leistungsverrechnung

**Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010
Landtag**

Wirtschaftsplan

Leistungsplan - Erläuterung - Produktblatt

Erläuterungen zu Produkt Nr. 4:

Bezeichnung: Protokollanlässe und Öffentlichkeitsarbeit

IPR-Nr. 011 - Rechtsetzung und Kontrolle der Regierung

1. Erbringer

Kanzlei des Hessischen Landtags

2. Rechtsgrundlage oder sonstige Grundlage

Geschäftsordnung des Hessischen Landtags usw.

3. Produkt- und Leistungsbeschreibung

3.1 Beschreibung des Produkts

- Mit dem Produkt werden protokollarische Anlässe und offizielle Veranstaltungen des Landtags durchgeführt.

3.2 Leistungen zum Produkt

- Pressestelle im Hessischen Landtag
- Organisation der Teilnahme des Landtags am Hessentag
- Assistenztätigkeit für den Landtagspräsidenten
- Organisation und Durchführung von großen und kleinen Protokollanlässen
- Parlamentarischer Abend

4. Bezug zu politischen Zielen

Zielsystem "Wahrung der politischen Steuerungsfunktion des Parlaments"
Ziel "Die Öffentlichkeitsfunktion des Parlaments optimieren"

5. Empfänger

Parlament und Öffentlichkeit

6. Mengen- und Qualitätskennzahlen

	Einheit	Soll 2012	Soll 2011	Ist 2010	Ist 2009	Ist 2008
6.1 Zählgröße/Menge						
Beratungseinheiten	BE	7.825	5.199	6.658	6.268	5.891

**Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010
Landtag**

Wirtschaftsplan

Leistungsplan - Erläuterung - Produktblatt

6.2 Kennzahlen zur Leistungswirkung (Effektivität der Leistungen)						
6.2.1 <u>Qualität der "kleinen" Protokollanlässe optimieren / Ab 2012: Qualität der Protokollanlässe optimieren</u>						
Zufriedenheit des Auftraggebers mit "kleinen" Protokollanlässen / Ab 2012: Zufriedenheit des Auftraggebers mit Protokollanlässen	Schulnote					
6.3 Kennzahlen zur Finanzwirtschaft (Effizienz der Leistungen)						
6.3.1 <u>Produktabgeltung wirtschaftlich einsetzen</u>						
Produktabgeltung je Menge	EUR	112,66	117,24	87,45	96,64	129,13
6.3.2 <u>Kosten der "kleinen" Protokollanlässe optimieren / Ab 2012: Kosten der Protokollanlässe optimieren</u>						
Durchschnittliche Kosten je "kleinem" Protokollanlass / Ab 2012: Durchschnittliche Kosten je Protokollanlass	EUR	1.713	3.115	2.137	2.420	3.090

Erläuterung von Kennzahlen

Bei der Kennzahl "Zufriedenheit des Auftraggebers mit (kleinen) Protokollanlässen" handelt es sich um eine neue Kennzahl, die ab 2011 durch Befragung des Auftraggebers ermittelt werden soll.

7. Kostenzusammensetzung

Kostenartenschichtung (in EUR)

Kostenarten	Soll 2012 EUR	Soll 2011 EUR	Ist 2010 EUR
Personalkosten	404.975	261.941	302.192
Sachkosten	195.113	142.753	186.005
Kalkulatorische Kosten	13.909	11.073	12.883
Sonstige Kosten *	267.580	193.766	194.127
Gesamtkosten	881.577	609.533	695.207
Erlöse	-	-	-
Produktabgeltung	881.577	609.533	582.269
Ergebnis	-	-	-112.938

* Kosten der innerbehördlichen Leistungsverrechnung

Wirtschaftsplan

Leistungsplan - Erläuterung - Produktblatt

Erläuterungen zu Produkt Nr. 5:

Bezeichnung: Besucherdienst, Eigenveranstaltungen und politische Bildung

IPR-Nr. 011 - Rechtsetzung und Kontrolle der Regierung

1. Erbringer

Kanzlei des Hessischen Landtags

2. Rechtsgrundlage oder sonstige Grundlage

Geschäftsordnung des Hessischen Landtags usw.

3. Produkt- und Leistungsbeschreibung

3.1 Beschreibung des Produkts

- Mit dem Produkt wird die Darstellung des Landtags in der Öffentlichkeit sichergestellt.
- Ergänzend dazu soll ein Seminarprogramm für Besuchergruppen, insbesondere Schüler und Jugendliche, entwickelt werden.

3.2 Leistungen zum Produkt

- Betreuung der Landtagswebsite
- Besucherdienst und Führungen
- Organisation und Durchführung von Großveranstaltungen
- Organisation und Durchführung von Eigenveranstaltungen
- Verfassung und Herausgabe von Publikationen
- Organisation und Durchführung von Seminaren der politischen Bildung
- Entwicklung und Pflege der Abgeordnetendatenbank und des amtlichen Handbuchs
- Betreuung von Fremdveranstaltungen

4. Bezug zu politischen Zielen

Zielsystem "Wahrung der politischen Steuerungsfunktion des Parlaments"
Ziel "Die Öffentlichkeitsfunktion des Parlaments optimieren"

5. Empfänger

Parlament und Öffentlichkeit

**Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010
Landtag**

Wirtschaftsplan

Leistungsplan - Erläuterung - Produktblatt

6. Mengen- und Qualitätskennzahlen

	Einheit	Soll 2012	Soll 2011	Ist 2010	Ist 2009	Ist 2008
6.1 Zählgröße/Menge						
Beratungseinheiten	BE	13.009	11.885	11.879	8.681	9.996
6.2 Kennzahlen zur Leistungswirkung (Effektivität der Leistungen)						
6.2.1 <u>Image des Landtags verbessern</u>						
Bewertung von Seminaren durch die Teilnehmer	Schulnote					
6.3 Kennzahlen zur Finanzwirtschaft (Effizienz der Leistungen)						
6.3.1 <u>Produktabgeltung wirtschaftlich einsetzen</u>						
Produktabgeltung je Menge	EUR	128,75	162,12	146,21	236,26	170,19
6.3.2 <u>Finanzmittel zielgerichtet einsetzen</u>						
Durchschnittliche Kosten je Seminarteilnehmer	EUR	79	161	105	157	173
Durchschnittliche Kosten je Besucher	EUR	18	21	21	21	17

Erläuterung von Kennzahlen

Bei der Kennzahl "Bewertung von Seminaren durch die Teilnehmer" handelt es sich um eine neue Kennzahl, die ab 2011 durch Befragung der Seminarteilnehmer ermittelt werden soll.

7. Kostenzusammensetzung

Kostenartenschichtung (in EUR)

Kostenarten	Soll 2012 EUR	Soll 2011 EUR	Ist 2010 EUR
Personalkosten	607.020	545.249	516.662
Sachkosten	646.568	735.369	641.215
Kalkulatorische Kosten	126.589	157.936	130.748
Sonstige Kosten *	294.687	488.241	451.966
Gesamtkosten	1.674.864	1.926.795	1.740.591
Erlöse	–	–	–
Produktabgeltung	1.674.864	1.926.795	1.736.772
Ergebnis	–	–	-3.819

* Kosten der innerbehördlichen Leistungsverrechnung

Wirtschaftsplan

Leistungsplan - Erläuterung - Produktblatt

Erläuterungen zu Projekt Nr. 1:

Bezeichnung: Enquetekommission "Integration"

IPR-Nr. 011 - Rechtsetzung und Kontrolle der Regierung

1. Erbringer

Kanzlei des Hessischen Landtags

2. Rechtsgrundlage oder sonstige Grundlage

Beschluss des Landtags vom 6. Oktober 2009 (Drucksachen 18/1172 und 18/1159)

3. Produkt- und Leistungsbeschreibung

3.1 Kurzbeschreibung des Projekts

Aufgabe der Enquetekommission ist es, eine umfassende Bestandsaufnahme der Lebenssituationen von Menschen mit Migrationshintergrund in Hessen vorzunehmen und Vorschläge für die hessische Integrations- und Migrationspolitik zu machen. Dabei sollen insbesondere die mit Migration und Integration verbundenen Problemstellungen und Chancen herausgearbeitet und dargestellt werden. Migration kann zahlreiche wünschenswerte Effekte für die hessische Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur und das Zusammenleben bedingen. Die Enquetekommission soll Konzepte entwickeln, wie Potenziale erfolgreicher erkannt, gefördert und nutzbar gemacht werden können.

Unverzichtbares Ziel ist es, die wirtschaftlichen, sozialen sowie im Bereich der Bildung und Ausbildung von Menschen mit Migrationshintergrund bestehenden Probleme nachhaltig zu lösen. Dabei soll auch untersucht werden, welche Probleme bei der Integration stärker soziale und welche stärker migrationsspezifische Ursachen haben und in welchem Maße der jeweilige Zeitpunkt der Migration nach Deutschland bzw. nach Hessen in diesem Zusammenhang berücksichtigt werden muss. Weiterhin sollen auf beiden Seiten bestehende Ängste und Vorbehalte untersucht werden. Dabei soll die besondere Bedeutung der Integrationsarbeit in den Kommunen untersucht und gelungene Beispiele empfohlen werden.

3.2 Fachleistung zum Projekt

- Organisation der Sitzungen der Enquetekommission
- Organisation von Anhörungen, Einholung von Stellungnahmen
- Protokollierung der Sitzungen
- Erstellung eines Abschlussberichts bzw. ggf. eines Zwischenberichts

4. Bezug zu politischen Zielen

Integration ist ein auf Wechselseitigkeit beruhender gesamtgesellschaftlicher Prozess und gleichzeitig eine kontinuierlich zu gestaltende politische Schlüsselaufgabe. Das Ziel einer erfolgreichen Integrationspolitik besteht darin, das gleichberechtigte Zusammenleben aller Menschen unabhängig von Herkunft, Religion und sozialem Hintergrund in einer gleichberechtigten Verantwortungsgemeinschaft auf der Grundlage der Werte des Grundgesetzes und im Geiste der Akzeptanz kultureller Vielfalt zu ermöglichen.

**Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010
Landtag**

Wirtschaftsplan

Leistungsplan - Erläuterung - Produktblatt

5. Empfänger

Abgeordnete, Fraktionen im Hessischen Landtag, Öffentlichkeit

6. Mengen- und Qualitätskennzahlen

Kennzahlen werden bei Projekten nicht ausgewiesen.

7. Kostenzusammensetzung

Kostenartenschichtung (in EUR)

Kostenarten	Soll 2012 EUR	Soll 2011 EUR	Ist 2010 EUR
Personalkosten	17.090	78.089	47.793
Sachkosten	121.813	176.165	80.651
Kalkulatorische Kosten	371	526	1.170
Sonstige Kosten *	7.192	17.373	24.943
Gesamtkosten	146.466	272.153	154.557
Erlöse	-	-	-
Produktabgeltung	146.466	272.153	154.557
Ergebnis	-	-	-

* Kosten der innerbehördlichen Leistungsverrechnung

Wirtschaftsplan

Leistungsplan - Erläuterung - Produktblatt

Erläuterungen zu Projekt Nr. 2:

Bezeichnung: Untersuchungsausschuss 18/1

IPR-Nr. 011 - Rechtsetzung und Kontrolle der Regierung

1. Erbringer

Kanzlei des Hessischen Landtags

2. Rechtsgrundlage oder sonstige Grundlage

Beschluss zu Drucks. 18/1790 und 18/1833 in der 34. Plenarsitzung
Art. 92 HV, § 54 GOHLT

3. Produkt- und Leistungsbeschreibung

3.1 Kurzbeschreibung des Projekts

Der Untersuchungsausschuss hat den Auftrag, zu klären, inwieweit beim ehemaligen Finanzamt Frankfurt V mit dem Bankverfahren betraute Steuerfahnder und -fahnderinnen sowie Steuerfahndungshelfer und -helferinnen durch das Verhalten der Verantwortlichen in der Steuerverwaltung veranlasst wurden, diese freiwillig oder unfreiwillig zu verlassen, um Repressalien durch den Dienstherrn zu entgehen. In Bezug auf vier mittlerweile in den Ruhestand versetzte Steuerfahnder ist zu klären, ob die einzelnen Verfahren zur Ruhestandsversetzung ordnungsgemäß und fehlerfrei durchgeführt worden sind oder ob diese gezielt aus dem Dienst entfernt werden sollten. Die in diesem Zusammenhang festgestellten Verfahrensmängel und möglicherweise entstandenen Schäden für das Land sind ebenso aufzuzeigen, wie die in diesem Zusammenhang festgestellten Mängel in der Personalführung in der Steuerverwaltung.

Der Untersuchungsausschuss hat weiter den Auftrag, zu klären, warum die vier ehemals beim Finanzamt Frankfurt V tätigen Steuerbeamten aufgrund ihres dienstlichen oder außerdienstlichen Verhaltens sowie aus gesundheitlichen Gründen in den Ruhestand versetzt wurden. Aufzuklären ist auch, ob, mit welchem Hintergrund und mit welchem Ergebnis von dritter Seite, insbesondere auch von Abgeordneten des Hessischen Landtags, Gespräche mit den vier Steuerbeamten im Zusammenhang mit der Inruhestandsversetzung und der Ergreifung etwaiger Rechtsmittel geführt wurden.

3.2 Fachleistung zum Projekt

- Ladung von Zeugen und Sachverständigen
- Organisation von Sitzungen
- Protokollierung von Sitzungen
- Wissenschaftliche Beratung

4. Bezug zu politischen Zielen

Kontrolle der Regierung

**Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010
Landtag**

Wirtschaftsplan

Leistungsplan - Erläuterung - Produktblatt

5. Empfänger

Abgeordnete, Fraktionen im Hessischen Landtag, Öffentlichkeit

6. Mengen- und Qualitätskennzahlen

Kennzahlen werden bei Projekten nicht ausgewiesen.

7. Kostenzusammensetzung

Kostenartenschichtung (in EUR)

Kostenarten	Soll 2012 EUR	Soll 2011 EUR	Ist 2010 EUR
Personalkosten	-	74.892	54.450
Sachkosten	-	103.735	5.841
Kalkulatorische Kosten	-	2.500	3.072
Sonstige Kosten *	-	82.520	63.268
Gesamtkosten	-	263.647	126.631
Erlöse	-	-	-
Produktabgeltung	-	263.647	126.631
Ergebnis	-	-	-

* Kosten der innerbehördlichen Leistungsverrechnung

Der Untersuchungsausschuss 18/1 wird seine Tätigkeit voraussichtlich im Jahr 2011 abschließen. Das negative Ergebnis im Ist des Jahres 2010 resultiert aus der Einrichtung des Ausschusses in diesem Jahr. Eine Veranschlagung war daher nicht möglich.

Wirtschaftsplan

Leistungsplan - Erläuterung - Produktblatt

Erläuterungen zu Projekt Nr. 3:

Bezeichnung: Untersuchungsausschuss 18/2

IPR-Nr. 011 - Rechtsetzung und Kontrolle der Regierung

1. Erbringer

Kanzlei des Hessischen Landtags

2. Rechtsgrundlage oder sonstige Grundlage

Beschluss zu Drucks. 18/2140 und 18/2158 in der 40. Plenarsitzung
Art. 92 HV, § 54 GOHLT

3. Produkt- und Leistungsbeschreibung

3.1 Kurzbeschreibung des Projekts

Der Untersuchungsausschuss hat den Auftrag, aufzuklären, welche Umstände zu der aktuellen Besetzung der Position der Präsidenten des Hessischen Bereitschaftspolizeipräsidiums geführt haben, und ob die Landesregierung das Parlament und die Öffentlichkeit wahrheitsgemäß und vollständig über diese Vorgänge informiert hat.

3.2 Fachleistung zum Projekt

- Ladung von Zeugen und Sachverständigen
- Organisation von Sitzungen
- Protokollierung von Sitzungen
- Wissenschaftliche Beratung

4. Bezug zu politischen Zielen

Kontrolle der Regierung

5. Empfänger

Abgeordnete, Fraktionen im Hessischen Landtag, Öffentlichkeit

6. Mengen- und Qualitätskennzahlen

Kennzahlen werden bei Projekten nicht ausgewiesen.

**Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010
Landtag**

Wirtschaftsplan

Leistungsplan - Erläuterung - Produktblatt

7. Kostenzusammensetzung

Kostenartenschichtung (in EUR)

Kostenarten	Soll 2012 EUR	Soll 2011 EUR	Ist 2010 EUR
Personalkosten	-	21.363	51.887
Sachkosten	-	30.790	78.214
Kalkulatorische Kosten	-	763	2.474
Sonstige Kosten *	-	25.190	52.431
Gesamtkosten	-	78.106	185.006
Erlöse	-	-	-
Produktabgeltung	-	78.106	15.498
Ergebnis	-	-	-169.508

* Kosten der innerbehördlichen Leistungsverrechnung

Der Untersuchungsausschuss 18/2 wird seine Tätigkeit voraussichtlich im Jahr 2011 abschließen. Das negative Ergebnis im Ist des Jahres 2010 resultiert aus der Einrichtung des Ausschusses in diesem Jahr. Eine Veranschlagung war daher nicht möglich.

**Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010
Landtag**

Wirtschaftsplan

Leistungsplan - Erläuterungen

Erläuterungen zu externer Leistung Nr. 1:

Bezeichnung: Herstellung, Druck und Kopie für Externe

1. Erbringer

Kanzlei des Hessischen Landtags

2. Rechtsgrundlage oder sonstige Grundlage

Bestellung von Externen und Genehmigung durch den Landtagspräsidenten

3. Produkt- und Leistungsbeschreibung

3.1 Kurzbeschreibung der externen Leistung

- Herstellung von Druckerzeugnissen

3.2 Fachleistungen zur externen Leistung

-

4. Bezug zu politischen Zielen

-

5. Empfänger

Abgeordnete, Fraktionen im Hessischen Landtag

6. Mengen- und Qualitätskennzahlen

	Einheit	Soll 2012	Soll 2011	Ist 2010	Ist 2009	Ist 2008
6.1 Zählgröße/Menge						
je 100 bedruckte Seiten	Stück	1.000	800	1.067	233	834
Anzahl Stunden (informativ)	BE	20	20	28	2	0
6.2 Kennzahlen zur Leistungswirkung (Effektivität der Leistungen)						
6.2.1						
-						
6.3 Kennzahlen zur Finanzwirtschaft (Effizienz der Leistungen)						
6.3.1						
-						

Qualitätskennzahlen werden zu Externen Leistungen in der Regel nicht ausgewiesen.

**Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010
Landtag**

Wirtschaftsplan

Leistungsplan - Erläuterungen

Erläuterungen zu zwischenbehördlicher Leistung Nr. 1:

Bezeichnung: Ausbildung von Rechtsreferendaren

1. Erbringer

Kanzlei des Hessischen Landtags

2. Rechtsgrundlage oder sonstige Grundlage

Justizausbildungsverordnung

3. Produkt- und Leistungsbeschreibung

3.1 Kurzbeschreibung der zwischenbehördlichen Leistung

- Während ihrer Referendarzeit absolvieren die Rechtsreferendare einen Ausbildungsabschnitt (Pflichtwahlstation) in verschiedenen Bereichen der Kanzlei des Landtags.

3.2 Fachleistung zur zwischenbehördlichen Leistung

-

4. Bezug zu politischen Zielen

-

5. Empfänger

Hessisches Ministerium der Justiz bzw. Rechtsreferendare

6. Mengen- und Qualitätskennzahlen

	Einheit	Soll 2012	Soll 2011	Ist 2010	Ist 2009	Ist 2008
6.1 Zählgröße/Menge						
Beratungseinheiten	BE	80	0	0	0	0
6.2 Kennzahlen zur Leistungswirkung (Effektivität der Leistungen)						
6.2.1						
-						
6.3 Kennzahlen zur Finanzwirtschaft (Effizienz der Leistungen)						
6.3.1 <u>Produktabgeltung wirtschaftlich einsetzen</u>						
Produktabgeltung je Menge	EUR	82,39	0	0	0	0

**Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010
Landtag**

Wirtschaftsplan

Leistungsplan - Erläuterungen

7. Kostenzusammensetzung

Kostenartenschichtung (in EUR)

Kostenarten	Soll 2012 EUR	Soll 2011 EUR	Ist 2010 EUR
Personalkosten	4.289	-	-
Sachkosten	161	-	-
Kalkulatorische Kosten	100	-	-
Sonstige Kosten *	2.041	-	-
Gesamtkosten	6.591	-	-
Erlöse	-	-	-
Produktabgeltung	6.591	-	-
Ergebnis	-	-	-

* Kosten der innerbehördlichen Leistungsverrechnung

Da in den letzten Jahren keine Rechtsreferendare ihre Ausbildungsstation bei der Kanzlei des Hessischen Landtags hatten, sind keine Kosten angefallen.

**Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010
Landtag**

Wirtschaftsplan

Leistungsplan - Erläuterungen

Erläuterungen zu zwischenbehördlicher Leistung Nr. 2:

Bezeichnung: Unterstützungsleistungen für andere Buchungskreise

1. Erbringer

Kanzlei des Hessischen Landtags

2. Rechtsgrundlage oder sonstige Grundlage

Nach Zustimmung durch den Landtagspräsidenten

3. Produkt- und Leistungsbeschreibung

3.1 Kurzbeschreibung der zwischenbehördlichen Leistung

- Unterstützung anderer Buchungskreise bei der Erledigung ihrer Aufgaben

3.2 Fachleistung zur zwischenbehördlichen Leistung

-

4. Bezug zu politischen Zielen

-

5. Empfänger

Ressorts und andere Organisationen der Landesregierung

6. Mengen- und Qualitätskennzahlen

	Einheit	Soll 2012	Soll 2011	Ist 2010	Ist 2009	Ist 2008
6.1 Zählgröße/Menge						
Beratungseinheiten	BE	0	0	6	0	0
6.2 Kennzahlen zur Leistungswirkung (Effektivität der Leistungen)						
6.2.1						
-						
6.3 Kennzahlen zur Finanzwirtschaft (Effizienz der Leistungen)						
6.3.1						
-						

Qualitätskennzahlen werden zu Zwischenbehördlichen Leistungen in der Regel nicht ausgewiesen.

**Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010
Landtag**

Wirtschaftsplan

Leistungsplan - Erläuterungen

7. Kostenzusammensetzung

Kostenartenschichtung (in EUR)

Kostenarten	Soll 2012 EUR	Soll 2011 EUR	Ist 2010 EUR
Personalkosten	-	-	170
Sachkosten	-	-	-
Kalkulatorische Kosten	-	-	-
Sonstige Kosten *	-	-	-
Gesamtkosten	-	-	170
Erlöse	-	-	-
Produktabgeltung	-	-	-
Ergebnis	-	-	-170

* Kosten der innerbehördlichen Leistungsverrechnung

**Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010
Landtag**

Wirtschaftsplan

Leistungsplan - Erläuterungen

Erläuterungen zu zwischenbehördlicher Leistung Nr. 3:

Bezeichnung: Veranstaltungen, Pressekonferenzen

1. Erbringer

Kanzlei des Hessischen Landtags

2. Rechtsgrundlage oder sonstige Grundlage

Nach Zustimmung durch den Landtagspräsidenten

3. Produkt- und Leistungsbeschreibung

3.1 Kurzbeschreibung der zwischenbehördlichen Leistung

- Organisation und Durchführung von Pressekonferenzen

3.2 Fachleistung zur zwischenbehördlichen Leistung

-

4. Bezug zu politischen Zielen

-

5. Empfänger

Ressorts und andere Organisationen der Landesregierung

6. Mengen- und Qualitätskennzahlen

	Einheit	Soll 2012	Soll 2011	Ist 2010	Ist 2009	Ist 2008
6.1 Zählgröße/Menge						
Beratungseinheiten	BE	125	75	140	54	28
6.2 Kennzahlen zur Leistungswirkung (Effektivität der Leistungen)						
6.2.1						
-						
6.3 Kennzahlen zur Finanzwirtschaft (Effizienz der Leistungen)						
6.3.1 <u>Produktabgeltung wirtschaftlich einsetzen</u>						
Produktabgeltung je Menge	EUR	122,79	150,51	16,48	184,31	126,32

**Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010
Landtag**

Wirtschaftsplan

Leistungsplan - Erläuterungen

7. Kostenzusammensetzung

Kostenartenschichtung (in EUR)

Kostenarten	Soll 2012 EUR	Soll 2011 EUR	Ist 2010 EUR
Personalkosten	6.241	3.855	6.625
Sachkosten	193	125	455
Kalkulatorische Kosten	6.438	5.785	6.437
Sonstige Kosten *	2.477	1.523	4.222
Gesamtkosten	15.349	11.288	17.739
Erlöse	-	-	-
Produktabgeltung	15.349	11.288	2.307
Ergebnis	-	-	-15.432

* Kosten der innerbehördlichen Leistungsverrechnung

**Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010
Landtag**

Wirtschaftsplan

Leistungsplan - Erläuterungen

Erläuterungen zu zwischenbehördlicher Leistung Nr. 4:

Bezeichnung: Durchführung von Veranstaltungen für andere Buchungskreise

1. Erbringer

Kanzlei des Hessischen Landtags

2. Rechtsgrundlage oder sonstige Grundlage

Nach Zustimmung durch den Landtagspräsidenten

3. Produkt- und Leistungsbeschreibung

3.1 Kurzbeschreibung der zwischenbehördlichen Leistung

- Organisation und Durchführung von Veranstaltungen im Auftrag der Landesregierung

3.2 Fachleistung zur zwischenbehördlichen Leistung

-

4. Bezug zu politischen Zielen

-

5. Empfänger

Hessische Landesregierung

6. Mengen- und Qualitätskennzahlen

	Einheit	Soll 2012	Soll 2011	Ist 2010	Ist 2009	Ist 2008
6.1 Zählgröße/Menge						
Beratungseinheiten	BE	601	938	493	381	185
6.2 Kennzahlen zur Leistungswirkung (Effektivität der Leistungen)						
6.2.1						
-						
6.3 Kennzahlen zur Finanzwirtschaft (Effizienz der Leistungen)						
6.3.1 <u>Produktabgeltung wirtschaftlich einsetzen</u>						
Produktabgeltung je Menge	EUR	74,49	78,74	54,72	149,01	168,95

**Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010
Landtag**

Wirtschaftsplan

Leistungsplan - Erläuterungen

7. Kostenzusammensetzung

Kostenartenschichtung (in EUR)

Kostenarten	Soll 2012 EUR	Soll 2011 EUR	Ist 2010 EUR
Personalkosten	28.992	42.421	22.976
Sachkosten	1.974	2.818	1.582
Kalkulatorische Kosten	358	614	611
Sonstige Kosten *	13.444	28.005	24.531
Gesamtkosten	44.768	73.858	49.700
Erlöse	-	-	-
Produktabgeltung	44.768	73.858	26.979
Ergebnis	-	-	-22.721

* Kosten der innerbehördlichen Leistungsverrechnung

Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010
Landtag

Wirtschaftsplan

Erfolgsplan

Pos.	VKR	Bezeichnung	Soll 2012 EUR	Soll 2011 EUR	Ist 2010 EUR
1	50/51	Umsatzerlöse und Erträge aus Verwaltungstätigkeit	–	500	–
	500-509, 519	Umsatzerlöse und Erlösminderungen	–	500	–
	510-518	Gebühren und Leistungsentgelte aus Verwaltungstätigkeit; Sonstige Erträge	–	–	–
1a	544	Erträge aus Produktabgeltungen	15.657.800	16.404.200	14.917.200
2	520-524	Bestandsveränderungen	–	–	–
3	525-529	aktivierte Eigenleistungen	–	–	–
4	530-539	Sonstige betriebliche Erträge	207.300	185.600	408.905
		Betriebsertrag	15.865.100	16.590.300	15.326.105
5	60/61	Bezogene Waren und Leistungen	1.968.500	2.208.800	1.755.359
	600-604	Roh-, Hilfs-, Betriebsstoffe etc.	–	–	–
	605	Aufwendungen für Energie und Wasser	616.400	653.500	579.083
	606-609	Sonstige Aufwendungen (Waren)	235.800	253.200	229.074
	616	Aufwendungen für Fremdinstandhaltung	777.500	718.000	581.615
	610-615, 617, 619	Sonstige Aufwendungen (Leistungen)	338.800	584.100	365.587
	618	Aufwandsberichtigungen	–	–	–
6	620-649	Personalaufwand	10.101.500	10.434.200	8.961.873
	620-629	Entgelte	3.940.400	4.445.300	3.767.452
	630-639	Bezüge	4.036.000	3.668.500	3.434.254
	640-649	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	2.125.100	2.320.400	1.760.167
7	660-669	Abschreibungen	1.544.100	1.623.700	1.705.247
8	650-659, 670-709	Sonstige betriebliche Aufwendungen	3.508.000	4.013.500	3.398.077
	650-659	Sonstige mittelbare Personalaufwendungen	163.100	189.500	175.624
	670-679	Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	2.369.700	2.746.400	2.242.666
	680-689	Aufwendungen für Kommunikation, Dokumentation, Information, Reisen, Werbung	956.400	1.062.300	960.665
	690-699	Aufwendungen für Beiträge und Sonstiges sowie Wertkorrekturen	11.500	6.500	12.302
	700-709	Betriebliche Steuern	7.300	8.800	6.820
8a	718	Aufwendungen aus Produktabgeltung	–	–	–
		Betriebsaufwand	17.122.100	18.280.200	15.820.556
		Eigenergebnis	-1.257.000	-1.689.900	-494.451

Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010
Landtag

Wirtschaftsplan

Erfolgsplan

Pos.	VKR	Bezeichnung	Soll 2012 EUR	Soll 2011 EUR	Ist 2010 EUR
9	540-543, 545-549	betriebliche Erträge aus Transferleistungen	1.261.100	1.389.900	989.363
10	550-559	Steuererträge und steuerähnliche Erträge	-	-	-
		Steuererträge und Leistungsabgeltung	1.261.100	1.389.900	989.363
11	710-717, 719	Betrieblicher Aufwand aus Transferleistungen	-	-	-
12	720-729	Steueraufwand und ähnliche Aufwendungen	-	-	-
		Leistungstransfers	-	-	-
		Steuer- und Leistungsergebnis	1.261.100	1.389.900	989.363
		Verwaltungsergebnis	4.100	-300.000	494.912
13	560-569	Erträge aus Beteiligungen und anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	-	-	-
14	570-579	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	-	-	-
		Finanzertrag	-	-	-
15	740-749	Abschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere des Umlaufvermögens und Verluste aus entsprechenden Abgängen	-	-	-
16	750-769	Zinsen und ähnliche Aufwendungen, Aufwand aus Verlustübernahme	4.100	-	58.678
		Finanzaufwand	4.100	-	58.678
		Finanzergebnis	-4.100	-	-58.678
		Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-	-300.000	436.234
17	590-599	Außerordentliche Erträge, Erträge aus Verlustübernahme	155.000	300.000	-
		Außerordentlicher Ertrag	155.000	300.000	-
18	730-739, 790-799	Außerordentlicher Aufwand, Aufwand aus Gewinnabführungen, Aufwendungen für sonstige Leistungen Dritter	155.000	-	436.234
		Außerordentlicher Aufwand	155.000	-	436.234
		Außerordentliches Ergebnis	-	300.000	-436.234
19	580-589	(durchlaufende) Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen, für Investitionen und besondere Finanzeinnahmen	-	-	-
		Transferzuwendungen	-	-	-
20	780-789	(durchlaufende) Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse, für Investitionen und besondere Finanzausgaben	-	-	-
		Transferzahlungen	-	-	-
		Transferergebnis	-	-	-
		Neutrales Ergebnis	-	300.000	-436.234
21	770-779	Steuern vom Einkommen und Ertrag	-	-	-
		Jahresergebnis	-	-	-

**Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010
Landtag**

Wirtschaftsplan

Erfolgsplan

Pos.	VKR	Bezeichnung	Soll 2012 EUR	Soll 2011 EUR	Ist 2010 EUR
22	531, 538, 544, 548	Abgeltungen für Abgeordnete, Fraktionen und Parteien	41.296.800	37.562.900	39.978.546
	531	Erträge aus Personalgestellung	–	–	–
	538	Erträge Herabsetzung Rückstellungen Legislative	–	–	3.507.703
	544	Abgeltung für Aufwand für Abgeordnete, Fraktionen und Parteien	41.296.800	37.562.900	36.377.376
	548	Erstattungen Legislative	–	–	93.467
		Summe Erträge Legislative	41.296.800	37.562.900	39.978.546
23	658	Aufwand für Abgeordnete, Fraktionen und Parteien	35.768.700	37.562.900	34.360.138
		Summe Aufwand Legislative	35.768.700	37.562.900	34.360.138
		Ergebnis Legislative	5.528.100	–	5.618.408
24	576	Zinserträge Legislative	–	–	–
		Finanzertrag Legislative	–	–	–
25	757	Zinsenaufwand Legislative	5.528.100	–	5.528.068
		Finanzaufwand Legislative	5.528.100	–	5.528.068
		Finanzergebnis	-5.528.100	–	-5.528.068
26	539, 595	Außerordentliche Erträge Legislative, Ertrag Verlustausgleich	–	–	872.285
		Außerordentliche Erträge Legislative	–	–	872.285
27	790, 791	Außerordentliche Aufwendungen Legislative, Aufwand aus Gewinnabführung	–	–	962.625
		Außerordentliche Aufwendungen Legislative	–	–	962.625
		Außerordentliches Ergebnis Legislative	–	–	-90.340
		Jahresergebnis Legislative	–	–	–

**Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010
Landtag**

Wirtschaftsplan

Erläuterungen Erfolgsplan

1. STANDARDERLÄUTERUNGEN

Im aus der Kostenrechnung generierten Leistungsplan und dem auf der Grundlage der Finanzbuchhaltung erstellten Erfolgsplan sind kostenmindernde Erlöse unterschiedlich darzustellen. Sie sind im Leistungsplan bereits mit Kosten saldiert ausgewiesen, während der Ausweis im Erfolgsplan entsprechend den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung nicht saldiert erfolgt.

Im Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit des Erfolgsplans sind im Soll für das Jahr 2012 insgesamt kostenmindernde Erlöse in Höhe von 200.500 EUR enthalten, die in gleicher Höhe die Kosten des Leistungsplans vermindert haben.

Entgelte zentraler Dienstleister

Für Leistungen zentraler Dienstleister sind in den Aufwandspositionen des Erfolgsplans folgende Beträge geplant worden:

Oberfinanzdirektion Frankfurt am Main (KFZ-Selbstversicherung)	2.700 EUR
Hessische Zentrale für Datenverarbeitung (HZD)	290.100 EUR
Hessisches Competence Center (HCC)	160.700 EUR
Hessische Bezügestelle (HBS)	124.700 EUR

Beihilfen

Die als Ausgleich für die Beihilfezahlungen im Wege der Verrechnung an den Einzelplan 17 zu entrichtende Pauschale ist in der Vorsorgeprämie enthalten.

Beiträge zur Unfallkasse

Für das Tarifpersonal (Stand 01.02.2011) führt der Hessische Landtag mandantenbezogene Beitragsleistungen zur gesetzlichen Unfallversicherung ab. Als Beitrag sind eingeplant:

Für 130 Beschäftigte (einschließlich Aushilfskräften)	27.300 EUR
---	------------

Beiträge zur Vorsorgekasse

Für die Beamtinnen und Beamten entrichtet der Hessische Landtag im Wege der Verrechnung zwischen Kapiteln eine Vorsorgeprämie in Höhe von 941.800 EUR an die Vorsorgekasse (Einzelplan17), die im kameralen Ansatz (Gruppe 981) berücksichtigt ist.

Rückstellungen

In den geplanten Personalkosten sind Zuführungen zu den Rückstellungen oder Inanspruchnahmen wie folgt enthalten:

Rückstellungen für Altersteilzeit	40.000 EUR
Rückstellungen für noch nicht in Anspruch genommenen Urlaub	30.000 EUR
Rückstellungen für Überstunden	9.000 EUR
Rückstellungen für Lebensarbeitszeitkonten	23.600 EUR
Rückstellungen für Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung	-100.000 EUR

Im geplanten Aufwand für Abgeordnete, Fraktionen und Parteien sind Zuführungen zu den Rückstellungen enthalten und Inanspruchnahmen von Rückstellungen aufwandsmindernd berücksichtigt (siehe hierzu Erläuterungen zu VKR 658).

**Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010
Landtag**

Wirtschaftsplan

Neutrale Aufwendungen / Erträge:

Neutrale Aufwendungen und Erträge sind in Höhe von 155.000 EUR eingeplant. Die Planung bildet eine Inanspruchnahme von Mitteln aus der kameralen Investitionsrücklage ab, die getätigt werden soll, um den Landeshaushalt 2012 von den Investitionsausgaben des Landtags anteilig zu entlasten.

Im Soll 2011 ist eine Entnahme aus der kameralen Rücklage (300.000 EUR) zur Deckung der Ausgaben als neutraler Ertrag eingeplant.

Periodenfremde oder außerordentliche Aufwendungen und Erträge

Das Ergebnis des Jahres 2010 ist im aus der Kostenrechnung generierten Leistungsplan und dem auf der Grundlage der Finanzbuchhaltung erstellten Erfolgsplan nicht deckungsgleich, weil im Erfolgsplan auch periodenfremde oder außerordentliche Aufwendungen und Erträge enthalten sind, die in der Kostenrechnung für den Leistungsplan keine Berücksichtigung finden.

2. ERLÄUTERUNGEN ZU EINZELPOSITIONEN

Zu VKR 544:

Davon 66.700 EUR als Zuschuss für nicht realisierbare ZBLV-Erlöse.

Zu VKR 640-649:

Davon 941.800 EUR als Vorsorgeprämie (Vorjahr: 893.500 EUR).

Zu VKR 670-679:

Davon 250.000 EUR für Aufwendungen im Rahmen der Reform des Haushalts- und Rechnungswesens. Die Mittel können auch zweckgebunden durch die Fraktionen im Landtag verwendet werden.

75.000 EUR für die Fraktionen im Landtag zur Abdeckung von Aufwendungen im Zusammenhang mit der Arbeit der Enquetekommission Integration. Von den Mitteln kann jede Fraktion zweckgebunden 15.000 EUR verwenden.

Zu VKR 680-689:

Davon 67.000 EUR zur Verfügung des Landtagspräsidenten und der Vizepräsidentinnen und Vizepräsidenten für außergewöhnlichen Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen. Die Aufwendungen sind im Einzelnen zu belegen. Eine pauschale Auszahlung ist nicht zulässig.

Zu VKR 658:

Leistungen für Abgeordnete, ehemalige Abgeordnete und deren Hinterbliebene

Für Zahlungen ist eine Abgeltung (kameraler Zuschuss) in Höhe von 24.520.300 EUR geplant, die sich wie folgt verteilt:

	EUR	EUR
Entschädigungen und Unterstützungen an Abgeordnete:	–	18.168.400
1. Entschädigung (§ 5 HessAbgG)	9.480.000	
2. Tage- und Übernachtungsgelder (§ 6 Abs. 1 Nr. 3 HessAbgG)	525.000	
3. Vergütungen für Mitarbeiter (§ 6 Abs. 1 Nr. 4 HessAbgG)	5.763.400	
4. Kostenpauschale (§ 6 Abs. 1 Nr. 5 HessAbgG)	790.000	
5. Fahrkosten (§ 7 HessAbgG)	1.310.000	
6. Zuschuss zu den Kosten in Krankheits-, Geburts- und Todesfällen (§ 16 HessAbgG)	300.000	
7. Unterstützungen (§ 17 HessAbgG)	–	
Zusammen	18.168.400	
Zahlungen an ausgeschiedene Abgeordnete des Landtags sowie deren Hinterbliebene (einschließlich Übergangsgeld und Unterstützungen)	–	6.351.900
Summe:	–	24.520.300

**Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010
Landtag**

Wirtschaftsplan

Im Aufwand sind als nicht zahlungswirksame Bestandteile Zuführungen zu den Rückstellungen wie folgt enthalten:

Bei den Entschädigungsleistungen für Abgeordnete	8.759.000 EUR
Bei der Alterssicherung für ehemalige Abgeordnete	3.202.100 EUR
Gesamt	11.961.100 EUR

Von den Zuführungsbeträgen entfallen 5.528.100 EUR auf Aufzinsungen. Die Inanspruchnahme von Rückstellungen ist bei der Alterssicherung für ehemalige Abgeordnete aufwandsmindernd mit 3.782.100 EUR eingeplant.

Mittel zur Wahrnehmung der Aufgaben der Fraktionen

Es sind Aufwendungen in Höhe von 7.350.397 EUR geplant, die sich wie folgt verteilen:

	EUR	EUR
CDU	–	1.782.306
Jahresgrundbetrag	440.200	
Jahresbetrag für jedes Mitglied (46 x 13.000 EUR)	598.000	
Stellenaufkommen von 5 Planstellen	470.595	
Aufkommen der weggefallenen Planstellen bzw. Stellen	273.511	
Zusammen	1.782.306	
SPD	–	1.679.747
Jahresgrundbetrag	440.200	
Jahresbetrag für jedes Mitglied (29 x 13.000 EUR)	377.000	
Oppositionszuschlag	121.678	
Stellenaufkommen von 5 Planstellen	470.595	
Aufkommen der weggefallenen Planstellen bzw. Stellen	270.274	
Zusammen	1.679.747	
FDP	–	1.394.165
Jahresgrundbetrag	440.200	
Jahresbetrag für jedes Mitglied (20 x 13.000 EUR)	260.000	
Oppositionszuschlag	–	
Stellenaufkommen von 8 Planstellen	693.965	
Aufkommen der weggefallenen Planstellen bzw. Stellen	–	
Zusammen	1.394.165	
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	–	1.364.750
Jahresgrundbetrag	440.200	
Jahresbetrag für jedes Mitglied (17 x 13.000 EUR)	221.000	
Oppositionszuschlag	73.656	
Stellenaufkommen von 3 Planstellen	262.305	
Aufkommen der weggefallenen Planstellen bzw. Stellen	367.589	
Zusammen	1.364.750	
DIE LINKE	–	1.129.429
Jahresgrundbetrag	440.200	
Jahresbetrag für jedes Mitglied (6 x 13.000 EUR)	78.000	
Oppositionszuschlag	29.635	
Stellenaufkommen von 0 Planstellen	–	
Aufkommen vergleichbarer weggefallener Planstellen	581.594	
Zusammen	1.129.429	
Summe	–	7.350.397

Jede Fraktion erhält zur Deckung ihres Bedarfes einen Grundbetrag, der sich aus einem allgemeinen Grundbetrag (440.200 EUR) und einem Personalgrundbetrag, der auf der Basis von zugeordneten, vorhandenen oder weggefallenen Planstellen oder Stellen nach Standardpersonalkosten (Planbetrag für das Haushaltsjahr nach der Tabelle des HMdU) festgesetzt wird, zusammensetzt. Sind einer Fraktion keine Planstellen / Stellen zugeordnet, so wird der Personalgrundbetrag aus den Standardpersonalkosten für eine Planstelle der Besoldungsgruppe B3, für je zwei Planstellen der Besoldungsgruppen A16 und A15 und für drei Planstellen der Besoldungsgruppe A14, jeweils ohne Vorsorgeprämie, ermittelt.

Jede Fraktion erhält einen Betrag für jedes Mitglied (13.000 EUR).

Jede Fraktion, die nicht die Landesregierung trägt, erhält einen Oppositionszuschlag.

**Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010
Landtag**

Wirtschaftsplan

Die Jahresgrundbeträge, die Jahresbeträge für jedes Mitglied, das Aufkommen der weggefallenen Planstellen bzw. Stellen und der Oppositionszuschlag (insgesamt 5.452.937 EUR) werden an die Fraktionen des Landtags in monatlichen Teilbeträgen ausgezahlt.

Bedienstete erhalten die Fraktionen zu Lasten der zugeordneten Planstellen bzw. Stellen und des zugehörigen Stellenaufkommens zur Verfügung gestellt. Werden zugeordnete Planstellen bzw. Stellen nicht in Anspruch genommen, wird das für die Planstellen bzw. Stellen eingeplante Aufkommen, vermindert um die Vorsorgeprämie, an die jeweilige Fraktion ausgezahlt.

Werden Planstellen bzw. Stellen von Beschäftigten in Anspruch genommen, die einer Besoldungs- oder Vergütungsgruppe angehören, welche nicht die Wertigkeit der Planstelle oder Stelle erreicht, auf der sie geführt werden, so wird der Differenzbetrag zwischen den geplanten Standardpersonalkosten (ohne Vorsorgeprämie) und den den Beschäftigten nach ihrer tatsächlichen Eingruppierung zuzurechnenden Standardpersonalkosten (ohne Vorsorgeprämie) an die jeweilige Fraktion ausbezahlt. Werden Planstellen bzw. Stellen von Beschäftigten in Anspruch genommen, die die regelmäßige Arbeitszeit geringer als eine Vollzeitkraft vereinbart haben (Teilzeitbeschäftigte), so werden die Standardpersonalkosten (ohne Vorsorgeprämie) an die jeweilige Fraktion in der Höhe ausgezahlt, die auf den Zeitanteil entfällt, um den die Arbeitszeit verringert ist.

Bestandteile der Fraktionsfinanzierung, die einen Personalgrundbetrag abdecken, nehmen an Besoldungs- und Tariferhöhungen für Personal des Landes in gleichem Umfang teil, wie die Personalkostenansätze der Gruppen 422 und 428 in Kapitel 01 01.

Zahlung nach Maßgabe des Parteiengesetzes und des Landtagswahlgesetzes

Es ist eine Abgeltung (kameraler Zuschuss) in Höhe von 1.247.000 EUR geplant. Der Betrag ist für Zahlungen an Landesverbände von Parteien auf der Grundlage des Wahlergebnisses der Landtagswahl vom 18. Januar 2009 vorgesehen.

**Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010
Landtag**

Wirtschaftsplan

Finanzplan

VKR	Bezeichnung	Soll 2012 EUR	Soll 2011 EUR	Ist 2010 EUR
Mittelverwendung				
Investitionen in immaterielle Werte, Geschäftsbetrieb		171.400	118.800	126.450
000-049	Ausstehende Einlagen, immaterielle Wirtschaftsgüter	171.400	118.800	126.450
Investitionen in Grundstücke, Gebäude, Infrastruktur		100.000	–	582.831
050-069, 091, 096	Grundstücke, Gebäude, Infrastruktur, Anzahlungen auf Infrastruktur, Infrastruktur im Bau	100.000	–	582.831
Investitionen in Anlagen, Maschinen, BGA		515.600	143.000	1.206.786
070-089, 090, 095	Anlagen, Maschinen, BGA einschließlich Anzahlungen und Anlagen im Bau	515.600	143.000	1.206.786
Investitionen in Finanzanlagen		–	–	–
100-170	Beteiligungen, Ausleihungen, Wertpapiere	–	–	–
Mittelverwendung zusammen		787.000	261.800	1.916.067
Mittelherkunft				
Eigenfinanzierung				
360-362	Sonderposten aus bedingt rückzahlbaren Investitionszuweisungen/ - zuschüssen von Gebietskörperschaften	–	–	–
365-367	Sonderposten aus nicht rückzahlbaren Investitionszuweisungen/ - zuschüssen von Gebietskörperschaften	–	–	–
Fremdfinanzierung				
430	Verbindlichkeiten aus Zuweisungen und Zuschüssen (originäre Lei- stungen und durchlaufende Mittel) und Investitionszuschüssen gegenüber Gebietskörperschaften	–	–	–
431	Verbindlichkeiten aus Zuweisungen und Zuschüssen (originäre Lei- stungen und durchlaufende Mittel) und Investitionszuschüssen gegenüber dem sonstigen öffentlichen Bereich	–	–	–
432	Verbindlichkeiten aus Zuweisungen und Zuschüssen (originäre Lei- stungen und durchlaufende Mittel) und Investitionszuschüssen gegenüber dem nicht öffentlichen Bereich	–	–	–
435	Zugang Verbindlichkeiten aus rückzahlbaren Zuweisungen und Zuschüssen (originäre Leistungen und durchlaufende Mittel) und Investitionszuschüssen gegenüber Gebietskörperschaften	787.000	261.800	1.916.067
436	Verbindlichkeiten aus rückzahlbaren Zuweisungen und Zuschüssen (originäre Leistungen und durchlaufende Mittel) und Investitionszu- schüssen gegenüber dem sonstigen öffentlichen Bereich	–	–	–
437	Verbindlichkeiten aus rückzahlbaren Zuweisungen und Zuschüssen (originäre Leistungen und durchlaufende Mittel) und Investitionszu- schüssen gegenüber dem nicht öffentlichen Bereich	–	–	–
Deckungsmittel zusammen		787.000	261.800	1.916.067

**Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010
Landtag**

Wirtschaftsplan

Erläuterungen Finanzplan

ERLÄUTERUNGEN ZU EINZELPOSITIONEN

Zu VKR 000-049:

Davon:

- 50.000 EUR für ein Abrechnungsprogramm zur Berechnung von Reisekostenerstattung nach dem Abgeordnetenrecht,
- 25.000 EUR für die Schaffung einer Archivlösung für die eMail-Postfächer,
- 20.000 EUR für eine Lizenzenerweiterung für das Dokumentenarchiv des Landtags,
- 20.000 EUR für den Aufbau einer Datenbank für Europaangelegenheiten,
- 15.000 EUR für die Erweiterung des Landtags-Intranets (hier: Elektronische Petition),
- 5.000 EUR für die (Ersatz-)Beschaffung von Lizenzen für Betriebssysteme und Datenbanken,
- 36.400 EUR für die (Ersatz-)Beschaffung von Arbeitsplatzsoftware für die Landtagskanzlei und die Fraktionen.

Bei Investitionen in Anwendungen, die nicht mit Standard-Software abgedeckt werden können, ist der Einkauf von Fremdleistungen (Beratung, Konzeption, Implementierung, Tests usw.) im Planbetrag berücksichtigt.

Zu VKR 050-069, 091, 096:

Davon:

- 50.000 EUR für ein Besucherleitsystem,
- 50.000 EUR für die Restaurierung historischer Ausstattung des Dienstgebäudes Schloß.

Im Ist 2010 sind Investitionen in Höhe von 574.863,06 EUR enthalten, die aus dem Epl. 18 finanziert wurden (Teilerneuerung des Plenarsaalgebäudes).

Zu VKR 070-089, 090, 095:

Davon:

- 50.000 EUR für den Ausbau zentraler Speicherkapazitäten (SAN),
- 48.000 EUR für die Optimierung der Beschallungs- und Medientechnik im Plenarsaal,
- 30.000 EUR für einen Datenbank-Server für Europaangelegenheiten,
- 17.000 EUR für Medienbestände/Bücher,
- 150.000 EUR für die Ersatzbeschaffung der Telefonanlage,
- 78.800 EUR für die (Ersatz-)Beschaffung von EDV-Arbeitsplatz- und Personalausstattungen,
- 54.300 EUR für die (Ersatz-)Beschaffung von Restaurantausstattung und Küchentechnik,
- 38.900 EUR für die (Ersatz-)Beschaffung von Beschallungs-, Veranstaltungs-, Medien- und Präsentationstechnik,
- 12.000 EUR für Ersatzbeschaffung digitaler Diktiergeräte,
- 10.000 EUR für die Ersatzbeschaffung von Scannern zum Pressespiegelmodul,
- 6.000 EUR für die Ersatzbeschaffung von Scannern für die Landtagskanzlei und die Fraktionen,
- 20.600 EUR für die allgemeine Ersatz- und Ergänzungsbeschaffung von Büro- und Sitzungsraummöbeln sowie von Werkstattausstattungen usw. einschließlich geringwertiger Ausstattung.

Im Ist 2010 sind Investitionen in Höhe von 71.314,43 EUR enthalten, die aus dem Epl. 18 finanziert wurden (Teilerneuerung des Plenarsaalgebäudes und Sanierung des Dienstgebäudes Kavalierhaus).

Kapitel 01 01 / Buchungskreisnummer 2010
Landtag

Wirtschaftsplan

Überleitungsrechnung

Bezeichnung	Soll 2012 EUR	Soll 2011 EUR
Produktabgeltung lt. Erfolgsplan	15.657.800	16.404.200
+ Investitionen lt. Finanzplan	787.000	261.800
- Abschreibungen	1.544.100	1.623.700
- Zuführungen zu Rückstellungen für Altersteilzeit u.a. personengebundenen Rückstellungen	2.600	653.000
+ Auflösung der Rückstellungen für Altersteilzeit u.a. personengebundener Rückstellungen	3.800	-
- Entnahmen aus den kameraleen Rücklagen	155.000	300.000
+/- Neutrales Ergebnis	-	300.000
+ Abgeltung für Aufwand für Abgeordnete, Parteien und Fraktionen	41.296.800	37.562.900
- Zuführungen zu Rückstellungen nach dem Abgeordnetenrecht	11.961.100	9.400.000
+ Inanspruchnahme von Rückstellungen nach dem Abgeordnetenrecht	3.782.100	4.250.000
- Rückzahlungen von Abgeordneten, Parteien und Fraktionen	-	-
Kameraler Zuschuss (+) / Überschuss (-)	47.864.700	46.802.200

Kapitel 01 01
Landtag

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG ERLÄUTERUNGEN	Ansatz 2012 EUR	Ansatz 2011 EUR	IST 2010 EUR
Funkt.- Kennziffer				
01 01	Landtag			
	E I N N A H M E N			
	Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen (Eigene Einnahmen)			
111	011 Gebühren, sonstige Entgelte	—	—	—
119	011 Sonstige Verwaltungseinnahmen	1 278 200	1 399 700	1 179 680
	Bei Warenautomaten, die an Orten aufgestellt sind, die ausschließlich Bediensteten zugänglich sind oder in aller Regel nur von Bediensteten aufgesucht werden, darf der Teil der Vergütung für das Gestatten der Aufstellung von Warenautomaten, der über die Kostendeckung für die benötigten Wand- oder Bodenflächen sowie für den Stromverbrauch bei elektrisch betriebenen Automaten hinausgeht, für Zwecke der Betriebsgemeinschaften verwendet werden. Der Betrag ist durch Absetzen von den Einnahmen an den Personalrat zu verausgaben.			
124	011 Mieten und Pachten	138 300	133 200	170 145
125	011 Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen und Diensten aus wirtschaftlicher Tätigkeit	—	—	94
131	011 Erlöse aus der Veräußerung von unbeweglichen Sachen ..	—	—	21 910
132	011 Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	200	200	446
	Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen (Übertragungseinnahmen)			
232	011 Sonstige Zuweisungen von Ländern	—	—	19 582
235	253 Sonstige Zuweisungen von Sozialversicherungsträgern sowie von der Bundesagentur für Arbeit	—	—	—
281	011 Sonstige Erstattungen aus dem Inland	—	—	9 012
	Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen; besondere Finanzierungseinnahmen (Vermögenswirksame und besondere Finanzierungseinnahmen)			
359	951 Sonstige Entnahmen	155 000	300 000	—
381	991 Verrechnungen zwischen Kapiteln	48 000	43 000	53 395
389	991 Sonstige Verrechnungen	—	—	—
	Gesamteinnahmen Kapitel 01 01	1 619 700	1 876 100	1 454 262

Kapitel 01 01
Landtag

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG ERLÄUTERUNGEN	Ansatz 2012 EUR	Ansatz 2011 EUR	IST 2010 EUR
Funkt.- Kennziffer				

A U S G A B E N

Personalausgaben

411	011	Aufwendungen für Abgeordnete	24 520 300	23 899 900	23 079 186
412	011	Aufwendungen für ehrenamtlich Tätige	—	—	—
422	011	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter	3 911 500	3 633 500	3 266 887
425	011	Vergütungen der Angestellten	—	—	—
426	011	Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter	—	—	—
427	011	Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	—	800	—
428	011	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	5 222 300	5 276 700	5 006 579
443	011	Fürsorgeleistungen und Unterstützungen	3 800	1 100	1 689
453	011	Trennungsgeld, Umzugskostenvergütungen	—	—	2 177
459	011	Sonstige personalbezogene Ausgaben	12 000	4 500	11 762
461	981	Globale Mehrausgaben für Personalausgaben	—	—	—

Sächliche Verwaltungsausgaben, Ausgaben für den Schuldendienst

511	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	835 900	846 400	868 584
514	011	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.	166 300	146 900	154 454
517	011	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume ...	1 185 200	958 900	822 796
518	011	Mieten und Pachten	702 900	689 900	683 418
519	011	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	434 000	522 000	396 639
525	011	Aus- und Fortbildung	56 500	42 800	41 717
526	011	Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten	116 300	210 000	107 790
527	011	Dienstreisen	78 000	88 300	64 736
529	011	Verfügungsmittel	67 000	67 000	66 566
531	011	Ausgaben für Veröffentlichungen, Dokumentation und Öffentlichkeitsarbeit	287 100	372 500	315 285
		Amtliche Druckwerke und Veröffentlichungen des Landtags dürfen an öffentliche Dienststellen, Institutionen, Vereine, Abgeordnete und Privatpersonen einschließlich der Angehörigen des öffentlichen Dienstes in begrenztem Umfang unentgeltlich abgegeben werden.			
536	011	Verfahrensauslagen	—	—	183
537	011	Beförderungskosten	13 000	20 000	19 217

51
Kapitel 01 01
Landtag

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG ERLÄUTERUNGEN	Ansatz 2012 EUR	Ansatz 2011 EUR	IST 2010 EUR
Funkt.- Kennziffer				
538	011 Sonstige Dienstleistungen und Gestattungen	1 024 000	1 548 400	847 142
542	061 Steuern und Abgaben	—	—	228
545	011 Aufwendungen des Landtags und der Landesregierung aus dienstlicher Veranlassung.....	207 700	212 600	223 528
546	011 Vermischter Sachaufwand	118 100	123 600	113 149
Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen (Übertragungsausgaben)				
632	011 Sonstige Zuweisungen und Erstattungen an Länder	9 100	9 200	9 007
671	011 Erstattungen an Inland	90 000	89 700	89 688
681	011 Renten, Unterstützungen und sonstige Geldleistungen an natürliche Personen.....	—	—	—
684	011 Mittel nach Maßgabe des Fraktionsgesetzes, des Parteiengesetzes und des Landtagswahlgesetzes	8 597 500	8 513 000	8 382 862
	1. Die Mittel sind übertragbar.			
	2. Bestandteile der Fraktionsfinanzierung, die einen Personalgrundbetrag abdecken, nehmen an Besoldungs- und Tariferhöhungen für Personal des Landes wie die vergleichbaren Ansätze der Gruppen 422 und 428 teil.			
685	011 Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	8 800	2 600	3 301
	Aus der Gruppe können auch persönliche Verwaltungsausgaben geleistet werden.			
687	011 Zuschüsse für laufende Zwecke im Ausland (soweit nicht an die EU).....	—	—	—
Baumaßnahmen				
711	011 Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	—	—	—
Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Sonstige Investitionsausgaben)				
811	011 Erwerb von Fahrzeugen	—	—	—
812	011 Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen...	559 900	123 100	838 601
Besondere Finanzierungsausgaben				
917	951 Zuführungen an Versorgungsrücklagen	—	—	—
919	951 Sonstige Zuführungen	—	—	—
981	991 Verrechnungen zwischen Kapiteln	969 100	920 100	702 100
989	991 Sonstige Verrechnungen	288 100	354 800	435 488
Gesamtausgaben Kapitel 01 01		49 484 400	48 678 300	46 554 761

52
Kapitel 01 01
Landtag

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG ERLÄUTERUNGEN	Ansatz 2012 EUR	Ansatz 2011 EUR	IST 2010 EUR
Funkt.- Kennziffer				
Abschluss Kapitel 01 01				
0	Steuern und steuerähnliche Abgaben	—	—	—
1	Eigene Einnahmen	1 416 700	1 533 100	1 372 274
2	Übertragungseinnahmen	—	—	28 594
3	Vermögenswirksame und besondere Finanzierungseinnahmen	203 000	343 000	53 395
Gesamteinnahmen		1 619 700	1 876 100	1 454 262
4	Personalausgaben	33 669 900	32 816 500	31 368 281
5	Sächliche Verwaltungsausgaben	5 292 000	5 849 300	4 725 432
	Ausgaben für den Schuldendienst	—	—	—
6	Übertragungsausgaben	8 705 400	8 614 500	8 484 858
7	Baumaßnahmen	—	—	—
8	Sonstige Investitionsausgaben	559 900	123 100	838 601
9	Besondere Finanzierungsausgaben	1 257 200	1 274 900	1 137 588
Gesamtausgaben		49 484 400	48 678 300	46 554 761
Zuschuss/Überschuss		-47 864 700	-46 802 200	-45 100 498

Wirtschaftsplan

Datenschutzbeauftragter

A. Vorbemerkungen

Der Hessische Datenschutzbeauftragte hat als unabhängige, nicht der Steuerung der Landesregierung unterliegende oberste Landesbehörde nach dem Hessischen Datenschutzgesetz folgende Aufgaben:

Er hat das Recht auf informationelle Selbstbestimmung der Bürger gegenüber allen Dienststellen hessischer Gebietskörperschaften sowie den der Aufsicht dieser Stellen unterliegenden Institutionen sicherzustellen, die Aufgaben der öffentlichen Verwaltung wahrnehmen. Er ist auch Aufsichtsbehörde für den Datenschutz im nicht öffentlichen Bereich nach § 38 Bundesdatenschutzgesetz (BDSG) und hat Ordnungswidrigkeiten nach § 43 BDSG und § 16 Telemediengesetz (TMG) zu verfolgen.

Ferner soll er das auf dem Grundsatz der Gewaltenteilung beruhende verfassungsmäßige Gefüge des Staates, insbesondere die Beziehungen der Verfassungsorgane des Landes und der Organe kommunaler Selbstverwaltung untereinander und zueinander, vor einer Gefährdung infolge der automatisierten Datenverarbeitung bewahren.

Die Aufgabenwahrnehmung des Hessischen Datenschutzbeauftragten erstreckt sich auf die Durchführung von anlassbezogenen und anlassunabhängigen Kontrollen, sowie auf die Beratung der seiner Zuständigkeit unterliegenden Stellen und Parlamente in allen Fragen des Datenschutzes, der Datensicherheit und des freien Zugangs zu Informationen (vgl. insbes. §§ 24, 25 HDSG, § 38 BDSG). Der Hessische Datenschutzbeauftragte hat dabei mit Behörden und sonstigen Stellen, die für die Kontrolle der Einhaltung der Vorschriften über den Datenschutz in der Europäischen Union, in Bund und in den Ländern im öffentlichen und nicht öffentlichen Bereich zuständig sind, zusammenzuarbeiten.

Mehr als die Hälfte der Arbeiten des Hessischen Datenschutzbeauftragten sind nicht vorausplanbar, weil sie auf Anfragen zur Beratung von öffentlichen Stellen und auf Eingaben von Bürgerinnen und Bürgern beruhen oder die Mitarbeit bei der Normsetzung betreffen. Die Stellung des Datenschutzbeauftragten gebietet es, flexibel und möglichst zeitnah solche von außen angestoßenen Arbeiten durchzuführen und ggf. geplante Arbeiten zurückzustellen. In den Erläuterungen zum Leistungsplan des Produktplans finden sich deshalb keine Kennzahlen. Dem Zweck der Außensteuerung dienende produktspezifische Kennzahlen durften schon wegen der besonderen Stellung nach § 22 HDSG und Art. 28 Abs. 1 EG-Datenschutzrichtlinie nicht entwickelt werden, denn eine Steuerung der Aufgabenerfüllung des Hessischen Datenschutzbeauftragten von außen ist unzulässig (s. Urteil des EuGH vom 9. März 2010 C 518/07). Interne Steuerungsinstrumente wie Jahresplanung und Erfolgskontrolle sind demgegenüber seit langem vorhanden.

Der amtierende Hessische Datenschutzbeauftragte übt sein Amt im Nebenamt aus; seine Vergütung wird durch einen Vertrag geregelt (§ 21 HDSG alte Fassung). Zwar ist mit der Novellierung 2011 in § 21 Abs. 3 HDSG eine hauptamtliche Position geschaffen worden. Nach § 43 Abs. 2 des neuen Gesetzes gilt dies aber nicht für den Amtsinhaber, für den bis zur ersten Neuwahl noch die alte Gesetzesfassung gilt. Die Wahlperiode des Hessischen Datenschutzbeauftragten ist an die Legislaturperiode des Hessischen Landtags gekoppelt; er bleibt bis zur Wahl eines Nachfolgers im Amt. Die Personal- und Sachausstattung ist dem Hessischen Datenschutzbeauftragten vom Präsidenten des Hessischen Landtags zur Verfügung zu stellen und im Einzelplan des Landtags in einem eigenen Kapitel auszuweisen (§ 31 HDSG).

**Kapitel 01 03 / Buchungskreisnummer 2010
Datenschutzbeauftragter**

Wirtschaftsplan

B. Bewirtschaftungsvermerke

Allgemein

Die Bewirtschaftung richtet sich insbesondere nach den Regeln der §§ 7a und 70 bis 72 und 74 bis 80 LHO und den dazu ergangenen Verwaltungsvorschriften.

Leistungsplan

Die im Leistungsplan ausgewiesenen Ergebnisse und das Produktbudget sind - neben dem Finanzrahmen - Gegenstand des Haushaltsbeschlusses und damit verbindlich.

Die Ansätze der beiden Produkte sind gegenseitig deckungsfähig.

Erfolgsplan

50 v. H. des Jahresüberschusses aus laufenden Geschäften können in eine Gewinnrücklage eingestellt werden. Im Übrigen erfolgt eine Gewinnabführung an den Landeshaushalt.

Mit Zustimmung des Hessischen Ministeriums der Finanzen können bis zu 100 v.H. des kameraleen Jahresüberschusses zur Finanzierung der Neuordnung des Datenschutzes in künftigen Haushaltsjahren in eine kamerale Rücklage eingestellt werden.

Finanzplan

Die Mittel sind gegenseitig deckungsfähig.

Für nicht realisierte Investitionen kann die Forderung aus Transferleistung auf neue Rechnung vorgetragen werden.

C. Haushaltsvermerke zum kameraleen Rumpfhaushalt

Haushaltsvermerke zum kameraleen Rumpfhaushalt sind bei diesem ausgebracht.

Zum 31.12.2010 besteht eine Allgemeine Rücklage in Höhe von 81.735,92 EUR.

Zum 31.12.2010 besteht eine Investitionsrücklage in Höhe von 29.490,65 EUR.

Kapitel 01 03 / Buchungskreisnummer 2010
Datenschutzbeauftragter

Wirtschaftsplan

Leistungsplan

- Beträge in 1.000 EUR -

Nr	neu / weg- gef.	Bezeichnung	Soll 2012				Ergebnis
			Menge	Gesamt- kosten	Eigene Erlöse	Produkt- abgeltung	
Produkte							
6		Beratung zum Datenschutz und Überwachung der Einhaltung von Datenschutzbestimmungen	35.303	3.150,2	5,0	3.145,2	-
7		Stellungnahme zu Normsetzung / Initiativen / Anfragen aus dem Parlament	4.334	409,8	-	409,8	-
Summe Produkte				3.560,0	5,0	3.555,0	-
Zwischenbehördliche Leistungen							
7		Unterstützungsleistungen für andere Buchungskreise (HDSB)	-	-	-	-	-
Summe Zwischenbehördliche Leistungen				-	-	-	-
Gesamtsumme				3.560,0	5,0	3.555,0	-

Kapitel 01 03 / Buchungskreisnummer 2010
Datenschutzbeauftragter

Wirtschaftsplan

Leistungsplan

- Beträge in 1.000 EUR -

Soll 2011					Ist 2010				
Menge	Gesamt- kosten	Eigene Erlöse	Produkt- abgeltung	Ergebnis	Menge	Gesamt- kosten	Eigene Erlöse	Produkt- abgeltung	Ergebnis
22.161	2.009,7	-	2.009,7	-	23.528	2.005,0	0,3	2.072,8	68,1
4.119	405,9	-	405,9	-	2.860	284,1	-	313,7	29,6
	2.415,6	-	2.415,6	-		2.289,1	0,3	2.386,5	97,7
-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	-	-	-	-		-	-	-	-
	2.415,6	-	2.415,6	-		2.289,1	0,3	2.386,5	97,7

**Kapitel 01 03 / Buchungskreisnummer 2010
Datenschutzbeauftragter**

Wirtschaftsplan

Leistungsplan - Erläuterung - Produktblatt

Erläuterungen zu Produkt Nr. 6:

Bezeichnung: Beratung zum Datenschutz und Überwachung der Einhaltung von Datenschutzbestimmungen einschließlich Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten nach § 43 BDSG und § 16 TMG

IPR-Nr. 032 - Aufgaben der Datenschutzbeauftragten des Bundes und der Länder

1. Erbringer

Der Hessische Datenschutzbeauftragte

2. Rechtsgrundlage oder sonstige Grundlage

Hessisches Datenschutzgesetz und Bundesdatenschutzgesetz in der jeweils gültigen Fassung sowie eine Vielzahl von Fachgesetzen aus allen Verwaltungsbereichen

3. Produkt- und Leistungsbeschreibung

3.1 Beschreibung des Produkts

Beratung und Kontrolle der der Zuständigkeit des Hessischen Datenschutzbeauftragten nach § 3 HDSG und nach § 24 Abs. 4 i.V.m. § 38 und § 2 BDSG unterliegenden öffentlichen und nicht öffentlichen Stellen im Hinblick auf die Sicherstellung des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung von Personen.

Der Beratungsaufwand hat durch die verstärkte Einführung landesweiter und landesübergreifender zentraler Verfahren weiterhin zugenommen. Die Fortsetzung dieser Tendenz wird auch für 2012 erwartet. Damit sind weiterhin nicht kalkulierbare Verschiebungen hin zu aufwändigeren längerfristigen Beratungen zu Lasten anlassunabhängiger Prüfungen, verbunden. Durch die zusätzliche Aufgabenstellung der Datenschutzaufsicht im nicht öffentlichen Bereich ergeben sich ebenfalls Bereiche, für deren Planung keine Erfahrungswerte beim Hessischen Datenschutzbeauftragten vorhanden sind. Gleiches gilt für die Auswirkungen bereits erfolgter und noch zu erwartender Änderungen des Bundesdatenschutzgesetzes.

3.2 Leistungen zum Produkt

Die Erbringung der Leistungen zu diesem Produkt basiert zum einen Teil auf anlassunabhängigen Planungen, zum anderen Teil auf Beantwortung von Anfragen und Beschwerden von Behörden und von Personen, die ihr Recht nach § 28 HDSG und nach § 21 i.V.m. § 38 Abs. 1 BDSG wahrnehmen. Zum Produkt gehören folgende Leistungen:

- Prüfung und Beratung einschließlich Ordnungswidrigkeitenverfahren (Recht und IT)
- Bürger-/ Behördenanfragen (Recht und IT)
- Durchführung von Schulungen (Recht und IT)
- Marktbeobachtung / Test (IT)
- EU-/Bund-/Länder-Arbeitskreise (Recht und IT)
- Sonderprojekte (Recht und IT)

4. Bezug zu politischen Zielen

Ein Bezug zum politischen Zielsystem besteht nicht. Ziel des Hessischen Datenschutzbeauftragten ist es, das Recht des Einzelnen auf informationelle Selbstbestimmung zu wahren.

**Kapitel 01 03 / Buchungskreisnummer 2010
Datenschutzbeauftragter**

Wirtschaftsplan

Leistungsplan - Erläuterung - Produktblatt

5. Empfänger

Alle der Zuständigkeit des Hessischen Datenschutzbeauftragten unterliegenden Stellen sowie jede oder jeder, die oder der das Anrufungsrecht nach § 28 HDSG oder nach § 21 i.V.m. § 38 Abs. 1 BDSG ausübt.

6. Mengen- und Qualitätskennzahlen

	Einheit	Soll 2012	Soll 2011	Ist 2010	Ist 2009	Ist 2008
6.1 Zählgröße/Menge						
Bereitstellung von Beratungseinheiten	STD	35.303	22.161	23.528	22.425	23.455
6.2 Kennzahlen zur Leistungswirkung (Effektivität der Leistungen)						
-						
6.3 Kennzahlen zur Finanzwirtschaft (Effizienz der Leistungen)						
6.3.1 <u>Produktabgeltung wirtschaftlich einsetzen</u>						
Produktabgeltung je Menge	EUR	89,09	90,68	88,10	90,53	116,93

Wie in den Vorbemerkungen zum Wirtschaftsplan ausgeführt, werden produktspezifische Kennzahlen zur Leistungswirkung nicht entwickelt. Interne Steuerungsinstrumente sind vorhanden.

7. Kostenzusammensetzung

Kostenartenschichtung (in EUR)

Kostenarten	Soll 2012 EUR	Soll 2011 EUR	Ist 2010 EUR
Personalkosten	1.797.247	1.201.946	1.143.519
Sachkosten	117.886	52.585	60.863
Kalkulatorische Kosten	35.808	13.743	15.743
Sonstige Kosten *	1.199.269	741.438	784.885
Gesamtkosten	3.150.210	2.009.712	2.005.010
Erlöse	5.000	-	345
Produktabgeltung	3.145.210	2.009.712	2.072.818
Ergebnis		-	-
			68.153

* Kosten der innerbehördlichen Leistungsverrechnung

**Kapitel 01 03 / Buchungskreisnummer 2010
Datenschutzbeauftragter**

Wirtschaftsplan

Leistungsplan - Erläuterung - Produktblatt

Erläuterungen zu Produkt Nr. 7:

Bezeichnung: Stellungnahme zu Normsetzung / Initiativen / Anfragen aus dem Parlament

IPR-Nr. 032 - Aufgaben der Datenschutzbeauftragten des Bundes und der Länder

1. Erbringer

Der Hessische Datenschutzbeauftragte

2. Rechtsgrundlage oder sonstige Grundlage

Hessisches Datenschutzgesetz in der jeweils gültigen Fassung.

3. Produkt- und Leistungsbeschreibung

3.1 Beschreibung des Produkts

Angelehnt an die Standardprodukte der Hessischen Ministerien "Anfragen und Initiativen aus dem Parlament" und "Normsetzung" sind in diesem Produkt alle Arbeiten zusammengefasst, die in die Beratung von Regierung und Parlament im Zusammenhang mit Normsetzung oder die Beantwortung von parlamentarischen Anfragen einfließen. Dazu gehört auch die Erstellung von Gutachten für die Landesregierung zu Fragen des Datenschutzes, des freien Zugangs zu Informationen sowie Information der Landesregierung und des Parlaments durch die Erstellung des jährlichen Tätigkeitsberichts, Durchführung von Veranstaltungen wie insbesondere das Wiesbadener Forum Datenschutz und Pressearbeit zu aktuellen Themen.

Entwicklungen bei der Gesetzgebung haben maßgeblichen Einfluss.

3.2 Leistungen zum Produkt

- Pressestelle des Hessischen Datenschutzbeauftragten
- Stellungnahmen zu Normsetzung / Initiativen / Anfragen aus Regierung und Parlament (Recht und IT)
- Bearbeitung von Grundsatzfragen
- Erstellung des jährlichen Tätigkeitsberichts
- Durchführung des jährlichen "Wiesbadener Forum Datenschutz" und ggfs. anderer Veranstaltungen

4. Bezug zu politischen Zielen

Ein Bezug zum politischen Zielsystem besteht nicht. Ziel der Arbeit des Hessischen Datenschutzbeauftragten ist es, das Recht des Einzelnen auf informationelle Selbstbestimmung zu wahren.

5. Empfänger

Hessischer Landtag und Fraktionen sowie Hessische Landesregierung.

**Kapitel 01 03 / Buchungskreisnummer 2010
Datenschutzbeauftragter**

Wirtschaftsplan

Leistungsplan - Erläuterung - Produktblatt

6. Mengen- und Qualitätskennzahlen

	Einheit	Soll 2012	Soll 2011	Ist 2010	Ist 2009	Ist 2008
6.1 Zählgröße/Menge						
Bereitstellung von Beratungseinheiten (Stunden)	STD	4.334	4.119	2.860	3.253	3.276
6.2 Kennzahlen zur Leistungswirkung (Effektivität der Leistungen)						
-						
6.3 Kennzahlen zur Finanzwirtschaft (Effizienz der Leistungen)						
6.3.1 <u>Produktabgeltung wirtschaftlich einsetzen</u>						
Produktabgeltung je Menge	EUR	94,56	98,55	109,69	118,93	132,72

Wie in den Vorbemerkungen zum Wirtschaftsplan ausgeführt, werden produktspezifische Kennzahlen zur Leistungswirkung nicht entwickelt. Einer internen Steuerung ist dieser Teil nur bei Initiativen des Hessischen Datenschutzbeauftragten zugänglich. Bei Anfragen und Stellungnahmen hängt die Intensität der Beratung wesentlich von den Empfängern und den fachlichen Erfordernissen ab.

7. Kostenzusammensetzung

Kostenartenschichtung (in EUR)

Kostenarten	Soll 2012 EUR	Soll 2011 EUR	Ist 2010 EUR
Personalkosten	224.250	216.673	147.430
Sachkosten	41.449	61.082	37.058
Kalkulatorische Kosten	3.921	2.194	1.788
Sonstige Kosten *	140.216	125.975	97.865
Gesamtkosten	409.836	405.924	284.141
Erlöse	-	-	-
Produktabgeltung	409.836	405.924	313.710
Ergebnis	-	-	29.569

* Kosten der innerbehördlichen Leistungsverrechnung

Kapitel 01 03 / Buchungskreisnummer 2010
Datenschutzbeauftragter

Wirtschaftsplan

Erfolgsplan

Pos.	VKR	Bezeichnung	Soll 2012 EUR	Soll 2011 EUR	Ist 2010 EUR
1	50/51	Umsatzerlöse und Erträge aus Verwaltungstätigkeit	5.000	–	345
	500-509, 519	Umsatzerlöse und Erlösminderungen	–	–	345
	510-518	Gebühren und Leistungsentgelte aus Verwaltungstätigkeit; Sonstige Erträge	5.000	–	–
1a	544	Erträge aus Produktabgeltungen	3.555.000	2.415.600	2.386.528
2	520-524	Bestandsveränderungen	–	–	–
3	525-529	aktivierte Eigenleistungen	–	–	–
4	530-539	Sonstige betriebliche Erträge	5.400	4.000	4.067
		Betriebsertrag	3.565.400	2.419.600	2.390.940
5	60/61	Bezogene Waren und Leistungen	330.200	60.600	42.260
	600-604	Roh-, Hilfs-, Betriebsstoffe etc.	–	–	–
	605	Aufwendungen für Energie und Wasser	22.300	14.000	8.019
	606-609	Sonstige Aufwendungen (Waren)	18.400	8.400	11.327
	616	Aufwendungen für Fremdinstandhaltung	269.500	4.700	7.914
	610-615, 617, 619	Sonstige Aufwendungen (Leistungen)	20.000	33.500	15.000
	618	Aufwandsberichtigungen	–	–	–
6	620-649	Personalaufwand	2.646.400	1.907.000	1.819.375
	620-629	Entgelte	336.700	305.600	296.285
	630-639	Bezüge	1.899.800	1.218.800	1.221.327
	640-649	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	409.900	382.600	301.763
7	660-669	Abschreibungen	47.900	27.400	30.410
8	650-659, 670-709	Sonstige betriebliche Aufwendungen	529.000	424.600	429.412
	650-659	Sonstige mittelbare Personalaufwendungen	10.500	7.600	9.178
	670-679	Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	396.300	337.500	336.442
	680-689	Aufwendungen für Kommunikation, Dokumentation, Information, Reisen, Werbung	121.000	77.800	82.586
	690-699	Aufwendungen für Beiträge und Sonstiges sowie Wertkorrekturen	1.200	1.200	982
	700-709	Betriebliche Steuern	–	500	224
8a	718	Aufwendungen aus Produktabgeltung	–	–	–
		Betriebsaufwand	3.553.500	2.419.600	2.321.457
		Eigenergebnis	11.900	–	69.483

**Kapitel 01 03 / Buchungskreisnummer 2010
Datenschutzbeauftragter**

Wirtschaftsplan

Erfolgsplan

Pos.	VKR	Bezeichnung	Soll 2012 EUR	Soll 2011 EUR	Ist 2010 EUR
9	540-543, 545-549	betriebliche Erträge aus Transferleistungen	-	-	-
10	550-559	Steuererträge und steuerähnliche Erträge	-	-	-
		Steuererträge und Leistungsabgeltung	-	-	-
11	710-717, 719	Betrieblicher Aufwand aus Transferleistungen	-	-	-
12	720-729	Steueraufwand und ähnliche Aufwendungen	-	-	-
		Leistungstransfers	-	-	-
		Steuer- und Leistungsergebnis	-	-	-
		Verwaltungsergebnis	11.900	-	69.483
13	560-569	Erträge aus Beteiligungen und anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	-	-	-
14	570-579	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	-	-	-
		Finanzertrag	-	-	-
15	740-749	Abschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere des Umlaufvermögens und Verluste aus entsprechenden Abgängen	-	-	-
16	750-769	Zinsen und ähnliche Aufwendungen, Aufwand aus Verlustübernahme	11.900	-	9.921
		Finanzaufwand	11.900	-	9.921
		Finanzergebnis	-11.900	-	-9.921
		Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-	-	59.562
17	590-599	Außerordentliche Erträge, Erträge aus Verlustübernahme	-	-	-
		Außerordentlicher Ertrag	-	-	-
18	730-739, 790-799	Außerordentlicher Aufwand, Aufwand aus Gewinnabführungen, Aufwendungen für sonstige Leistungen Dritter	-	-	59.562
		Außerordentlicher Aufwand	-	-	59.562
		Außerordentliches Ergebnis	-	-	-59.562
19	580-589	(durchlaufende) Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen, für Investitionen und besondere Finanzeinnahmen	-	-	-
		Transferzuwendungen	-	-	-
20	780-789	(durchlaufende) Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse, für Investitionen und besondere Finanzausgaben	-	-	-
		Transferzahlungen	-	-	-
		Transferergebnis	-	-	-
		Neutrales Ergebnis	-	-	-59.562
21	770-779	Steuern vom Einkommen und Ertrag	-	-	-
		Jahresergebnis	-	-	-

**Kapitel 01 03 / Buchungskreisnummer 2010
Datenschutzbeauftragter**

Wirtschaftsplan

Erfolgsplan

Pos.	VKR	Bezeichnung	Soll 2012 EUR	Soll 2011 EUR	Ist 2010 EUR
22	531, 538, 544, 548	Abgeltungen für Abgeordnete, Fraktionen und Parteien	-	-	-
	531	Erträge aus Personalgestellung	-	-	-
	538	Erträge Herabsetzung Rückstellungen Legislative	-	-	-
	544	Abgeltung für Aufwand für Abgeordnete, Fraktionen und Parteien	-	-	-
	548	Erstattungen Legislative	-	-	-
		Summe Erträge Legislative	-	-	-
23	658	Aufwand für Abgeordnete, Fraktionen und Parteien	-	-	-
		Summe Aufwand Legislative	-	-	-
		Ergebnis Legislative	-	-	-
24	576	Zinserträge Legislative	-	-	-
		Finanzertrag Legislative	-	-	-
25	757	Zinsenaufwand Legislative	-	-	-
		Finanzaufwand Legislative	-	-	-
		Finanzergebnis	-	-	-
26	539, 595	Außerordentliche Erträge Legislative, Ertrag Verlustausgleich	-	-	-
		Außerordentliche Erträge Legislative	-	-	-
27	790, 791	Außerordentliche Aufwendungen Legislative, Aufwand aus Gewinnabführung	-	-	-
		Außerordentliche Aufwendungen Legislative	-	-	-
		Außerordentliches Ergebnis Legislative	-	-	-
		Jahresergebnis Legislative	-	-	-

**Kapitel 01 03 / Buchungskreisnummer 2010
Datenschutzbeauftragter**

Wirtschaftsplan

Erläuterungen Erfolgsplan

1. Standarderläuterungen

Im aus der Kostenrechnung generierten Leistungsplan und dem auf der Grundlage der Finanzbuchhaltung erstellten Erfolgsplan sind kostenmindernde Erlöse unterschiedlich darzustellen. Sie sind im Leistungsplan bereits mit Kosten saldiert ausgewiesen, während der Ausweis im Erfolgsplan entsprechend den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung nicht saldiert erfolgt.

Im Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit des Erfolgsplans sind insgesamt kostenmindernde Erlöse in Höhe von 5.400 EUR enthalten, die in gleicher Höhe die Kosten des Leistungsplans vermindert haben.

Entgelte zentraler Dienstleister

Für Leistungen zentraler Dienstleister sind in den Aufwandspositionen des Erfolgsplans folgende Beträge geplant worden:

Oberfinanzdirektion Frankfurt am Main (KFZ-Selbstversicherung)	200 EUR
Hessische Zentrale der Datenverarbeitung (HZD)	24.200 EUR
Hessisches Competence Center (HCC)	22.600 EUR
Hessische Bezügestelle (HBS)	3.700 EUR

Beiträge zur Unfallkasse

Für das Tarifpersonal (Stand 01.02.2010) führt der Hessische Datenschutzbeauftragte mandantenbezogene Beitragsleistungen zur gesetzlichen Unfallversicherung ab. Als Beitrag sind eingeplant:

Für 8 Angestellte	1.700 EUR
-------------------	-----------

Beiträge zur Vorsorgekasse

Für die Beamtinnen und Beamten entrichtet der Hessische Datenschutzbeauftragte im Wege der Verrechnung zwischen Kapiteln eine Vorsorgeprämie in Höhe von 308.800 EUR an die Vorsorgekasse (Einzelpersonen), die im kamerale Ansatz (Gruppe 981) berücksichtigt ist.

Neutrale Aufwendungen / Erträge:

-

2. Erläuterungen zu Einzelpositionen

Zu VKR 640-649:

Davon 308.800 EUR als Vorsorgeprämie und 5.700 EUR für Rückstellungen (Arbeitgeber-Anteile an sozialversicherungspflichtigen Entgelten).

Zu VKR 680-689:

Davon 4.000 EUR zur Verfügung des Hessischen Datenschutzbeauftragten für außergewöhnlichen Aufwand aus dienstlicher Veranlassung in besonderen Fällen. Die Aufwendungen sind im Einzelnen zu belegen. Eine pauschale Auszahlung ist nicht zulässig. Aus den Verfügungsmitteln sind auch Aufwendungen für dienstlich veranlasste, sachangemessene Bewirtungen wie z.B. anlässlich dem Wechsel von Führungspersonal oder im Rahmen von Sitzungen und Tagungen, zu bestreiten.

Zu VKR 730-739, 790-799:

Im Ist 2010 davon 14.860 EUR als Gewinnabführung an den Landeshaushalt und 29.781 EUR als Zuführung zu einer Verwaltungsrücklage.

**Kapitel 01 03 / Buchungskreisnummer 2010
Datenschutzbeauftragter**

Wirtschaftsplan

Finanzplan

VKR	Bezeichnung	Soll 2012 EUR	Soll 2011 EUR	Ist 2010 EUR
Mittelverwendung				
Investitionen in immaterielle Werte, Geschäftsbetrieb		6.000	12.000	-
000-049	Ausstehende Einlagen, immaterielle Wirtschaftsgüter	6.000	12.000	-
Investitionen in Grundstücke, Gebäude, Infrastruktur		133.500	12.500	-
050-069, 091, 096	Grundstücke, Gebäude, Infrastruktur, Anzahlungen auf Infrastruktur, Infrastruktur im Bau	133.500	12.500	-
Investitionen in Anlagen, Maschinen, BGA		-	-	-
070-089, 090, 095	Anlagen, Maschinen, BGA einschließlich Anzahlungen und Anlagen im Bau	-	-	-
Investitionen in Finanzanlagen		-	-	-
100-170	Beteiligungen, Ausleihungen, Wertpapiere	-	-	-
Mittelverwendung zusammen		139.500	24.500	-
Mittelherkunft				
Eigenfinanzierung				
360-362	Sonderposten aus bedingt rückzahlbaren Investitionszuweisungen/ - zuschüssen von Gebietskörperschaften	-	-	-
365-367	Sonderposten aus nicht rückzahlbaren Investitionszuweisungen/ - zuschüssen von Gebietskörperschaften	-	-	-
Fremdfinanzierung				
430	Verbindlichkeiten aus Zuweisungen und Zuschüssen (originäre Lei- stungen und durchlaufende Mittel) und Investitionszuschüssen gegenüber Gebietskörperschaften	-	-	-
431	Verbindlichkeiten aus Zuweisungen und Zuschüssen (originäre Lei- stungen und durchlaufende Mittel) und Investitionszuschüssen gegenüber dem sonstigen öffentlichen Bereich	-	-	-
432	Verbindlichkeiten aus Zuweisungen und Zuschüssen (originäre Lei- stungen und durchlaufende Mittel) und Investitionszuschüssen gegenüber dem nicht öffentlichen Bereich	-	-	-
435	Zugang Verbindlichkeiten aus rückzahlbaren Zuweisungen und Zuschüssen (originäre Leistungen und durchlaufende Mittel) und Investitionszuschüssen gegenüber Gebietskörperschaften	139.500	24.500	-
436	Verbindlichkeiten aus rückzahlbaren Zuweisungen und Zuschüssen (originäre Leistungen und durchlaufende Mittel) und Investitionszu- schüssen gegenüber dem sonstigen öffentlichen Bereich	-	-	-
437	Verbindlichkeiten aus rückzahlbaren Zuweisungen und Zuschüssen (originäre Leistungen und durchlaufende Mittel) und Investitionszu- schüssen gegenüber dem nicht öffentlichen Bereich	-	-	-
Deckungsmittel zusammen		139.500	24.500	-

**Kapitel 01 03 / Buchungskreisnummer 2010
Datenschutzbeauftragter**

Wirtschaftsplan

Erläuterungen Finanzplan

Erläuterungen zu Einzelpositionen

Zu VKR 000-049:

6.000 Euro für Neuausstattungen bzw. Ergänzungsbeschaffungen infolge der Neuordnung des Datenschutzes

Zu VKR 070-089, 090, 095:

127.800 Euro für Neuausstattungen bzw. Ergänzungsbeschaffungen infolge der Neuordnung des Datenschutzes

5.700 Euro für Ersatzbeschaffungen

**Kapitel 01 03 / Buchungskreisnummer 2010
Datenschutzbeauftragter**

Wirtschaftsplan

Überleitungsrechnung

Bezeichnung	Soll 2012 EUR	Soll 2011 EUR
+ Produktabgeltung lt. Erfolgsplan	3.555.000	2.415.600
+ Investitionen lt. Finanzplan	139.500	24.500
- Abschreibungen	47.900	27.400
+ Zuschuss für nicht realisierbare ZBLV-Erlöse	-	-
- Zuführungen zu Rückstellungen für Altersteilzeit u.a. personengebundenen Rückstellungen	116.400	49.200
+ Auflösung der Rückstellungen für Altersteilzeit u.a. personengebundener Rückstellungen	1.900	-
- Entnahme aus kameralen Rücklagen	-	-
+/- Neutrales Ergebnis	-	-
Kameraler Zuschuss (+) / Überschuss (-)	3.532.100	2.363.500

Kapitel 01 03
Datenschutzbeauftragter

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG ERLÄUTERUNGEN	Ansatz 2012 EUR	Ansatz 2011 EUR	IST 2010 EUR
Funkt.- Kennziffer				

A U S G A B E N

Personalausgaben

422	011	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter.	1 831 400	1 200 500	1 162 739
425	011	Vergütungen der Angestellten	—	—	—
427	011	Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	5 600	5 600	5 522
428	011	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	394 400	361 200	344 596
443	011	Fürsorgeleistungen und Unterstützungen	500	500	389
453	011	Trennungsgeld, Umzugskostenvergütungen	—	—	—
459	011	Sonstige personalbezogene Ausgaben	—	—	—
461	981	Globale Mehrausgaben für Personalausgaben	—	—	—

**Sächliche Verwaltungsausgaben, Ausgaben für den
Schuldendienst**

511	011	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	107 200	54 100	65 517
514	011	Verbrauchsmittel, Haltung von Fahrzeugen und dgl.	3 000	2 700	2 685
517	011	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume ...	122 200	84 600	62 392
518	011	Mieten und Pachten	232 700	189 700	226 581
519	011	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	251 000	500	107
525	011	Aus- und Fortbildung	10 000	6 000	7 489
526	011	Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten	20 000	—	15 000
527	011	Dienstreisen	50 000	30 500	38 914
529	011	Verfügun gsmittel	4 000	3 000	1 382
531	011	Ausgaben für Veröffentlichungen, Dokumentation und Öffentlichkeitsarbeit	30 000	24 300	35 433
		<small>Eigene Veröffentlichungen dürfen an öffentliche Dienststellen, Institutionen, Vereine, Abgeordnete und Privatpersonen, einschließlich der Angehörigen des öffentlichen Dienstes, in begrenztem Umfang unentgeltlich abgegeben werden.</small>			
537	011	Beförderungskosten	11 000	—	—
538	011	Sonstige Dienstleistungen und Gestattungen	42 200	77 200	28 486
542	061	Steuern und Abgaben	—	—	—
546	011	Vermischter Sachaufwand	—	—	—

Kapitel 01 03
Datenschutzbeauftragter

Kapitel Titel	ZWECKBESTIMMUNG ERLÄUTERUNGEN	Ansatz 2012 EUR	Ansatz 2011 EUR	IST 2010 EUR
Funkt.- Kennziffer				
Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen (Übertragungsausgaben)				
633	011 Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindever- bände	—	—	—
685	011 Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtun- gen	1 000	1 000	782
Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Sonstige Investitionsausgaben)				
812	011 Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen...	87 400	—	—
Besondere Finanzierungsausgaben				
917	951 Zuführungen an Versorgungsrücklagen	—	—	—
919	951 Sonstige Zuführungen	—	—	—
981	991 Verrechnungen zwischen Kapiteln	310 500	292 100	220 600
989	991 Sonstige Verrechnungen	26 500	34 000	36 696
Gesamtausgaben Kapitel 01 03		3 540 600	2 367 500	2 255 309
Abschluss Kapitel 01 03				
0	Steuern und steuerähnliche Abgaben	—	—	—
1	Eigene Einnahmen	8 500	4 000	3 716
2	Übertragungseinnahmen	—	—	—
3	Vermögenswirksame und besondere Finanzierungseinnahmen	—	—	1 345
Gesamteinnahmen		8 500	4 000	5 061
4	Personalausgaben	2 231 900	1 567 800	1 513 247
5	Sächliche Verwaltungsausgaben	883 300	472 600	483 984
	Ausgaben für den Schuldendienst	—	—	—
6	Übertragungsausgaben	1 000	1 000	782
7	Baumaßnahmen	—	—	—
8	Sonstige Investitionsausgaben	87 400	—	—
9	Besondere Finanzierungsausgaben	337 000	326 100	257 296
Gesamtausgaben		3 540 600	2 367 500	2 255 309
Zuschuss/Überschuss		-3 532 100	-2 363 500	-2 250 248

Abschluss für den Einzelplan 01
Haushaltsjahr 2012

Einzelplan und Kapitel	Bezeichnung	Steuern und steuerähnliche Abgaben	Eigene Einnahmen	Übertragungseinnahmen	Vermögenswirks. und bes. Finanzierungseinnahmen	Gesamteinnahmen
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
01 01	Landtag	—	1.416.700	—	203.000	1.619.700
01 03	Datenschutzbeauftragter	—	8.500	—	—	8.500
	Insgesamt:	—	1.425.200	—	203.000	1.628.200

Personal- ausgaben	Sächliche Verwaltungs- ausgaben, Schuldendienst	Übertragungs- ausgaben	Bau- maßnahmen	Sonstige Investitions- ausgaben	Besondere Finanzierungs- ausgaben	Gesamt- ausgaben	Überschuss (+) Zuschuss (-)
EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
33.669.900	5.292.000 —	8.705.400	—	559.900	1.257.200	49.484.400	-47.864.700
2.231.900	883.300 —	1.000	—	87.400	337.000	3.540.600	-3.532.100
35.901.800	6.175.300 —	8.706.400	—	647.300	1.594.200	53.025.000	-51.396.800

Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und deren Inanspruchnahme im Haushaltsjahr 2012

Titel	Bezeichnung	Verpflichtungs- ermächtigung 2012 EUR	von dem Gesamtbetrag (Sp. 3) dürfen fällig werden			
			2013 EUR	2014 EUR	2015 EUR	spätere Jahre EUR
1	2	3	4	5	6	7

Es wurden im Haushaltsjahr 2012 keine Verpflichtungsermächtigungen ausgebracht.

**STELLENPLÄNE
STELLENÜBERSICHTEN**

Kapitel 01 01 Landtag

STELLENPLAN

422 00

Stellenplan

für planmäßige Beamte und Richter

Bes. Gr.	Kennung	Stellen 2012	(2011)	
Feste Gehälter				
B 8	(001)	1		Direktor/in beim Hessischen Landtag Erhält eine Aufwandsentschädigung von jährlich 1.125 EUR.
B 6	(001)	1		Ministerialdirigent/in
B 3	(001)	5		Leitender/de Ministerialrat/rätin davon: 3 Planstellen, die von Fraktionen in Anspruch genommen werden können
Aufsteigende Gehälter				
A 16	(100)	–		Altersteilzeitstelle/n
A 16	(001)	20		Ministerialrat/rätin davon: 7 Planstellen, die von Fraktionen in Anspruch genommen werden können
A 15	(001)	22		Regierungsdirektor/in davon: 7 Planstellen, die von Fraktionen in Anspruch genommen werden können 1 Planstelle ku nach Bes.Gr. A13 h.D. nach Ausscheiden des Stelleninhabers 1 Planstelle kw mit Ablauf 31.12.2018
A 14	(001)	12		Regierungsoberrat/rätin davon: 3 Planstellen, die von Fraktionen in Anspruch genommen werden können 1 Planstelle ku nach Bes.Gr. A 13 h.D. nach Ausscheiden des Stelleninhabers 1 Planstelle kw mit Ablauf 31.12.2013
A 13 h.D.	(001)	5		Regierungsrat/rätin
A 13 g.D.	(001)	1		Oberamtsrat/rätin
A 12	(001)	3		Amtsrat/rätin
A 11	(001)	2,5		Amtmann/Amtfrau
A 10	(001)	2,5		Oberinspektor/in davon: 1 Stelle für die Besetzung mit Schwerbehinderten, die bis zu 78 v.H. in Anspruch genommen werden darf und bei Freiwerden nach Kap. 03 01 umzusetzen ist
		75	(75)	

Fraktionsassistenten

Mittel für insgesamt 20 Bedienstete, die den Fraktionen für die Erfüllung ihrer Aufgaben zur Verfügung gestellt werden können, sind im Ansatz bei Gruppe 684 enthalten.

Kapitel 01 01 Landtag

STELLENPLAN

422 00

Stellenplan

für Leerstellen (Beamte und Richter)

Bes. Gr.	Kennung	Stellen 2012	(2011)	
Aufsteigende Gehälter				
A 16	(981)	1		Leerstelle(n) kw für (eine(n)) in den Deutschen Bundestag/Hessischen Landtag/ das Europäische Parlament gewählte(n) Bedienstete(n)
A 15	(992)	1		Leerstelle(n) kw für (eine(n)) Bedienstete(n) in Elternzeit/ Erziehungsurlaub
A 15	(976)	1		Leerstelle(n) kw für (eine(n)) nach § 92 a HBG/§ 85 a HBG beurlaubte(n) Bedienstete(n)
A 13 h.D.	(992)	1		Leerstelle(n) kw für (eine(n)) Bedienstete(n) in Elternzeit/ Erziehungsurlaub
A 13 h.D.	(981)	1		Leerstelle(n) kw für (eine(n)) in den Deutschen Bundestag/Hessischen Landtag/ das Europäische Parlament gewählte(n) Bedienstete(n)
		5	(5)	

STELLENÜBERSICHT

428 00

Stellenübersicht Tarifbeschäftigte (auch Auszubildende)

	Kennung	Stellen 2012	(2011)	
Höherer Dienst	(001)	3		Höherer Dienst
Gehobener Dienst	(001)	28		Gehobener Dienst davon: 1 Stelle, die von Fraktionen in Anspruch genommen werden kann 1 Stelleninhaber hat eine Dienstwohnung
Gehobener Dienst	(000)	–	(0,5)	Altersteilzeitstelle/n kw
Mittlerer Dienst	(001)	53		Mittlerer Dienst
Mittlerer Dienst	(000)	2,5	(1,5)	Altersteilzeitstelle/n kw
Einfacher Dienst	(001)	18,5		Einfacher Dienst
Einfacher Dienst	(000)	0,5		Altersteilzeitstelle/n kw
Auszubildende	(001)	3		Auszubildende
		108,5	(108)	

Auf eine Einzeldarstellung der Entgeltgruppen lt. Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst des Landes Hessen (TV-H) wird verzichtet, die Stellen werden in Gruppen ausgewiesen, die sich an die Laufbahngruppen der Beamten anlehnen.

Kapitel 01 01 Landtag

ERLÄUTERUNGEN zur STELLENÜBERSICHT

428 00

Änderung der Stellenübersicht für Tarifbeschäftigte (auch Auszubildende)

1	2	3	Veränderungen aufgrund von / durch										12				
			§ 50 LHO		§ 10 HG		§§ 8 u. 9 HG		Haus- halts- vermerken	neue/weg- gefallene Stellen 2012	Hebungen 2012			Umset- zungen/ Umwandl. 2012		Sonstige Verände- rungen 2012	
			+	-	+	+	-	+			-	+		-	+	-	
G. Dienst	(000)	0,5							0,5								0,0
M. Dienst	(000)	1,5			1,0												2,5
Versch.		106,0															106,0
Zusammen		108,0			1,0				0,5								108,5

Zu Spalte 5: 2 mal 0,5 Altersteilzeitstelle kw nach § 10 Abs. 3 HG 2011

Zu Spalte 7: Wegfall infolge Wirksamwerdens des kw-Vermerkes

Fraktionsassistenten

Mittel für 1 Bedienstete/n, die/der den Fraktionen für die Erfüllung ihrer Aufgaben zur Verfügung gestellt werden kann, sind im Ansatz bei Gruppe 684 enthalten.

Vorübergehende qualitative Abweichungen von den Stellenübersichten für Tarifbeschäftigte sind ohne tarifliche Bindungswirkung zulässig; über die Änderung der Stellenübersichten wird im nächsten Haushaltsplan entschieden.

STELLENÜBERSICHT

428 00

Stellenübersicht Tarifbeschäftigte (Leerstellen)

	Kennung	Stellen		
		2012	(2011)	
Mittlerer Dienst	(992)	1		Leerstelle(n) kw für (eine(n)) Bedienstete(n) in Elternzeit/ Erziehungsurlaub
		1	(1)	

Auf eine Einzeldarstellung der Entgeltgruppen lt. Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst des Landes Hessen (TV-H) wird verzichtet, die Stellen werden in Gruppen ausgewiesen, die sich an die Laufbahnguppen der Beamten anlehnen.

Kapitel 01 03 Datenschutzbeauftragter

STELLENPLAN

422 00

Stellenplan

für planmäßige Beamte und Richter

Bes. Gr.	Kennung	Stellen		
		2012	(2011)	
Feste Gehälter				
B 3	(001)	1		Leitender/de Ministerialrat/rätin
Aufsteigende Gehälter				
A 16	(001)	8	(7)	Ministerialrat/rätin
A 15	(001)	6	(4)	Regierungsdirektor/in
A 14	(001)	6	(1)	Regierungsoberrat/rätin
A 13 h.D.	(001)	–	(1)	Regierungsrat/rätin
A 13 g.D.	(001)	10	(4)	Oberamtsrat/rätin
A 13 g.D.	(002)	1		Technischer/sche Oberamtsrat/rätin
A 12	(001)	3	(1)	Amtsrat/rätin
		35	(20)	

ERLÄUTERUNGEN zum STELLENPLAN

422 00

Änderung des Stellenplans (planmäßige Beamte und Richter)

Bes. Gr.	Kennung	Stellen lt. Haus- halts- plan 2011	Veränderungen aufgrund von / durch										Stellen lt. Haus- halts- plan 2012						
			§ 50 LHO		§ 10 HG		§§ 8 u. 9 HG		Haus- halts- vermerken		neue/weg- gefallene Stellen 2012			Hebungen 2012		Umset- zungen/ Umwandl. 2012		Sonstige Verände- rungen 2012	
			+	-	+	-	+	-	+	-	+	-		+	-	+	-	+	-
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12								
A 16	(001)	7,0					1,0											8,0	
A 15	(001)	4,0					2,0											6,0	
A 14	(001)	1,0					4,0			1,0								6,0	
A 13 h.D.	(001)	1,0									1,0							0,0	
A 13 g.D.	(001)	4,0					5,0						1,0					10,0	
A 12	(001)	1,0					0,5							1,5				3,0	
Versch.		2,0																2,0	
Zusammen		20,0					12,5			1,0	1,0	2,5						35,0	

Zu Spalte 8: 1 A 16, 2 A 15, 4 A 14, 5 A 13 g.D. und 0,5 A 12 neu wegen der Übertragung der Aufgabe der Aufsichtsbehörde für den Datenschutz im nicht öffentlichen Bereich

Zu Spalte 9: 1 A 14 infolge Hebung von Bes.Gr. A 13 h.D. für den Bereich der Informationstechnik

Zu Spalte 10: 1,5 A 12 und 1 A 13 bei gleichzeitiger Hebung von A 11 infolge Umsetzung von Kapitel 03 14 wegen der Übertragung der Aufgabe der Aufsichtsbehörde für den Datenschutz im nicht öffentlichen Bereich

Kapitel 01 03 Datenschutzbeauftragter

STELLENÜBERSICHT

428 00

Stellenübersicht Tarifbeschäftigte (auch Auszubildende)

	Kennung	Stellen		
		2012	(2011)	
Atl.	(001)	2	(-)	Außertariflich
Höherer Dienst	(001)	-	(1)	Höherer Dienst
Gehobener Dienst	(001)	2,5		Gehobener Dienst
Mittlerer Dienst	(001)	3,5	(2,5)	Mittlerer Dienst
		8	(6)	

ERLÄUTERUNGEN zur STELLENÜBERSICHT

428 00

Änderung der Stellenübersicht für Tarifbeschäftigte (auch Auszubildende)

1	Ken- nung	Stellen lt. Haus- halts- plan 2011	Veränderungen aufgrund von / durch														Stellen lt. Haus- halts- plan 2012			
			§ 50 LHO		§ 10 HG		§§ 8 u. 9 HG		Haus- halts- vermerken		neue/weg- gefallene Stellen 2012		Hebungen 2012		Umset- zungen/ Umwandl. 2012			Sonstige Verände- rungen 2012		
			+	-	+	-	+	-	+	-	+	-	+	-	+	-				
	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12									
Atl.	(001)	0,0					1,0	1,0												2,0
H. Dienst	(001)	1,0											1,0							0,0
M. Dienst	(001)	2,5					1,0													3,5
Versch.		2,5																		2,5
Zusammen		6,0					2,0	1,0	1,0											8,0

Auf eine Einzeldarstellung der Entgeltgruppen lt. Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst des Landes Hessen (TV-H) wird verzichtet, die Stellen werden in Gruppen ausgewiesen, die sich an die Laufbahngruppen der Beamten anlehnen.

- Zu Spalte 8: 1 außertarifliche Stelle neu für die/den hauptamtliche/n Datenschutzbeauftragte/n, die/der Amtsbezüge entsprechend einer Besoldung nach Bes.Gr. B7 erhält (Näheres regelt das Hessische Datenschutzgesetz).
1 Stelle Mittlerer Dienst neu zur Verstärkung der Geschäftsstelle wegen der Übertragung der Aufgabe der Aufsichtsbehörde für den Datenschutz im nicht öffentlichen Bereich
- Zu Spalte 9: 1 außertarifliche Stelle infolge Hebung einer tariflichen Stelle des höheren Dienstes über die tariflich mögliche Vergütung hinaus

Vorübergehende qualitative Abweichungen von den Stellenübersichten für Tarifbeschäftigte sind ohne tarifliche Bindungswirkung zulässig; über die Änderung der Stellenübersichten wird im nächsten Haushaltsplan entschieden.